

## Protokoll 3/2021

### **Grosser Gemeinderat von Zug**

**Sitzung vom Dienstag, 23. März 2021, 17:00 – 20:45 Uhr, Theater Casino Zug**

Vorsitz: Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

### **Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** eröffnet die 3. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder Manuela Leemann und Alex Odermatt; die übrigen 38 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

## **Organisatorisches zur heutigen Sitzung**

### **Tabea Zimmermann Gibson, Ratspräsidentin**

Die Corona-Situation ist leider wieder fragiler als vor einem Monat. Die aktuelle Situation habe ich heute Morgen bei der kantonalen Stelle abgeklärt. Die Fallzahlen im Kanton Zug haben sich im Vergleich zu Ende Februar verdoppelt bis verdreifacht, wobei die Schwankungen bei unserem kleinen Kanton zugegebenermassen recht hoch sind. Der Anteil der britischen Variante liegt wie gesamtschweizerisch auch bei rund 75 %.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir werden zwar eine Pause machen, jedoch straffer und kürzer als im Februar. Angedacht sind rund 10 Minuten, damit Sie sich das Essen holen und auf die Toilette gehen können, all dies natürlich mit Maske und unter Einhaltung der Abstände. Bitte essen Sie ausschliesslich an Ihrem Platz. Beim Rauchen, falls Sie denn nicht auf die Rauchpause verzichten können und weil Sie ja dann keine Masken tragen, gelten folgende Richtlinien: Ellbogennähe ist zu nah, besser ist der Abstand von sich drehenden Derwischen.

Ich danke Ihnen für die Beachtung dieser Corona-Massnahmen. Es ist mühsam, ich weiss. Als Stadtparlament haben wir jedoch unsere Vorbildfunktion zu beachten. Ich hoffe, dass wir beim Impfen bald merkliche Fortschritte machen können hier im Kanton Zug für alle, die das wollen, damit wir unsere Pausen wieder länger und entspannter geniessen können. Danke für Ihr Verständnis.

## Traktandenliste

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 2 vom 23. Februar 2021
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Überweisung  
Motion der FDP-Fraktion vom 3. März 2021 betreffend "Taten statt Worte – liberale Lösungen für mehr bezahlbaren Wohnraum"
4. Stadtplanung: Auslegeordnung und Erkenntnisse hinsichtlich eines Luftseilbahnsystems für die Stadt Zug  
Bericht des Stadtrats Nr. 2645 vom 9. März 2021
5. Interpellation der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2020 zum Zugerischen Kulturlastenausgleich (ZKLA)  
Antwort des Stadtrats Nr. 2639 vom 23. Februar 2021
6. Interpellation der SVP-Fraktion vom 20. November 2020 betreffend Stadt Zug & Digitalisierung 3.0  
Antwort des Stadtrats Nr. 2640 vom 23. Februar 2021
7. Interpellation B. Gysel, SP, Ch. Iten, CVP, M. Willimann, ALG, und E. Schumpf, FDP, betreffend "Wachstum und Weiterentwicklung im Schulkreis Guthirt"  
Antwort des Stadtrats Nr. 2641 vom 2. März 2021
8. Interpellation der SP-Fraktion vom 29. September 2020 betreffend "Welches Wachstum wollen wir in der Stadt Zug?"  
Antwort des Stadtrats Nr. 2642 vom 2. März 2021
9. Interpellation der SP-Fraktion vom 16. Dezember 2020 betreffend "Sicherung der Stromversorgung im Gebiet der Stadt Zug"  
Antwort des Stadtrats Nr. 2646 vom 9. März 2021
10. Mitteilungen

**1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 2 vom 23. Februar 2021**

**Zur Traktandenliste:**

Das Wort wird nicht verlangt.

**Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

**Zum Protokoll:**

Das Wort wird nicht verlangt.

**Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

## 2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

### **Interpellation der SVP-Fraktion vom 23. Februar 2021 betreffend "Ausdehnung städtischer Kommunikationsaktivitäten"**

Der Stadtrat hat mit Medienmitteilung vom 22. Februar 2021 die Einführung des Podcasts BeZug bekannt gemacht. Es ist meiner Ansicht nach erfreulich, dass solche Leistungen extern gegeben werden, dies entspricht im Sinn und Geist dem Anliegen der SVP an der Budgetsitzung im Dezember 2020, als die SVP einen Kürzungsantrag bei der Kommunikationsabteilung gestellt hat. Weniger erfreulich ist hingegen, dass der Stadtrat die Tendenz verstärkt, dass nicht wertschöpfungsrelevante Budgetbereiche weiterwachsen sollen. Die SVP fordert hier eine klare Rückbesinnung auf die Grundsätze, was Staatsaufgabe ist und was nicht. Die SVP-Fraktion stellt folgende Fragen an den Stadtrat mit dem Ersuchen um schriftliche Beantwortung.

- Was führte zum Entscheid, dass man das Anbieten eines Podcasts als Staatsaufgabe klassifizierte?
- Warum wird ein solcher Outsourcing Auftrag an eine Baarer Firma vergeben, warum wurde keine Städtzuger Firma gewählt?
- Wie hoch sind die gesamten Outsourcing-Leistungen der Abteilung Kommunikation in TCHF und im Verhältnis zum gesamten Abteilungsbudget?
- Gibt es Messgrössen, welche zu Beginn dieses Projektes «BeZug» festgelegt wurden und der Erfolgsmessung dienen?
  - Wenn ja, was wären das für Kriterien und über welchen Zeitraum werden diese erhoben?
  - Was wären Gründe das Projekt nach dem definierten Zeitraum einzustellen resp. fortzuführen?

### **Ergebnis**

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

### **Interpellation der SP-Fraktion vom 25. Februar 2021 betreffend "Nutzung von Infrastruktur der Stadt Zug durch Zuger Kulturschaffende"**

Im Bericht und Antrag des Stadtrates zur Motion der SVP *"Für eine transparente, grosszügige, sport- und jugendfreundliche Politik der Stadt Zug!"* Nr. 2633 wird festgehalten, dass Zuger Sportvereine die Stadt Zuger Sportinfrastruktur gebührenfrei und mit Vorzugsrecht nutzen können. Diese Praxis ist vorbildlich – die Sportlandschaft wird auf eine unbürokratische Weise gefördert.

In der Stadt Zug herrscht leider ein Mangel an erschwinglichen Räumen für kulturelle Veranstaltungen, insbesondere, wenn diese eine grössere Räumlichkeit beanspruchen. Zwar gibt es an verschiedenen Orten Vergünstigungen für die heimischen Kulturschaffenden, trotzdem ist es vielen Vereinen und Kulturschaffenden nicht möglich, diese Kosten zu tragen.

Weiter tragen auch viele andere Freizeitvereine zur Belebung der Stadt Zug bei. Auch diese könnten analog der Sportvereine von gebührenfreien, bzw. kostengünstigen Räumen profitieren.

In diesem Kontext bitten wir den Stadtrat uns folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Welche Räume und Infrastrukturen wurden in den letzten Jahren wie und wie häufig genutzt (ev. nach Sportarten)?
- 2) Wird eine Unterscheidung getroffen, ob es sich um kommerzielle oder nichtkommerziell orientierte Sportvereine handelt?
- 3) Welche anderen Kostenerlasse, Vergünstigungen oder Unterstützungen werden Stadtzuger Sportvereinen zur Verfügung gestellt? Welche sind auch anderen gemeinnützigen Organisationen zugänglich?
- 4) Kann sich der Stadtrat vorstellen, die aktuelle vorbildliche Praxis für den Sportbereich zu erweitern, sodass auch andere Sparten wie etwa auch Kulturorganisationen davon Gebrauch machen könnten, dies über die Sportinfrastruktur hinaus?

### **Ergebnis**

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

**Motion der FDP-Fraktion vom 3. März 2021 betreffend "Taten statt Worte – liberale Lösungen für mehr bezahlbaren Wohnraum"**

Der FDP ist es ein grosses Anliegen, dass jede Person, die in der Stadt Zug ein zu Hause gefunden hat, nicht wegen zu hohen Mietpreisen wegziehen muss. Eine gesunde Durchmischung aller Bevölkerungsschichten erachten wir als eine wichtige Voraussetzung für eine lebenswerte Stadt.

Gemäss der Antwort des Stadtrates zur FDP Interpellation vom 3. Juli 2020 ("Leben im Paradies für alle – Belegung der preisgünstigen Wohnungen in der Stadt Zug") und gemäss der Antwort des Regierungsrates zur Gesetzesinitiative "für bezahlbaren Wohnraum" vom 5. April 2016, liegt der Anteil von preisgünstigen Wohnungen in der Stadt Zug bei 14%. Der Anteil von ca. 9.2% oder 1'358 preisgünstige Wohnungen werden von der Stadt Zug, Korporation, Bürgergemeinde, Wohnbaugenossenschaften, PK Stadt Zug angeboten. Zusätzlich gibt es in der Stadt Zug rund 730 günstige Wohnungen (ca. 4.8%), mit Beiträgen des Kantons aufgrund des kantonalen Wohnbauförderungsgesetzes (WFG).

Eine besondere Herausforderung liegt in der Stadt Zug auch darin, dass der heutige Anteil an preisgünstigen Wohnungen von 14% gehalten werden kann und es nicht zu einer Verwässerung beim Neuwohnungsbau kommt.

Aus diesem Grund stellen wir dem Stadtrat folgenden Auftrag:

Der Stadtrat unterstützt und schafft entsprechende Rahmenbedingungen und Anreize, damit durch private Anbieter, Genossenschaften, Korporationen, Stiftungen etc. mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen und somit der Anteil an preisgünstigen Wohnungen von ca. 14%, kurz- bis mittelfristig erhalten werden kann und langfristig auf 20% erhöht wird.

**Ergebnis**

Die Motion ist an der heutigen Sitzung unter Traktandum 3 zur Überweisung traktandiert.

## **Motion M. Willimann und P. Steinle, ALG, vom 15. März 2021 betreffend "Klima- und Energie-Charta"**

Die Stadt Zug unterzeichnet die Klima- und Energie-Charta der Städte und Gemeinden.

Begründung:

Die Stadt Zug verfolgt seit längerem eine fortschrittliche Klima- und Energiepolitik. Sie ist seit 1993 Mitglied des europäischen Klimabündnisses, seit 1999 Energiestadt und hat seit der Volksabstimmung 2011 das Ziel der 2000 Watt-Gesellschaft in die Gemeindeordnung aufgenommen. 10 Jahre später ist es Zeit, gemeinsam mit fast allen grösseren Städten und vielen weiteren Gemeinden der Schweiz, den nächsten Schritt zu tun und noch gezielter und rascher alle Aspekte des öffentlichen Handelns auf Klimagerechtigkeit und Energieeffizienz auszurichten. Damit soll die rasch fortschreitende Klimaerwärmung eingedämmt werden, die auch für Zug starke Einbussen an Lebensqualität mit sich bringt (Hitzesommer, Verlust von Wintersportmöglichkeiten, ...). Mit den «sustainable development goals» der UNO liegt ein breitgefächertes Ansatz vor. Verbindlicher und mit konkreten (Muster-)Zielen in vielen Bereichen hinterlegt ist aber die Klima- und Energie-Charta des Klimabündnisses.

Handlungsfelder für die Stadt Zug gibt es dabei viele.

Statt extrem energie-intensive Bitcoins als Zahlungsmittel zu akzeptieren, könnte die Stadt Zug zum Beispiel gezielt die Entwicklung einer Kryptowährung fördern, die mit minimalem Energiebedarf auskommt – zum Beispiel durch Ausschreiben eines Preises. Damit könnte – zwar auf einem Randgebiet, aber vermutlich sehr medienwirksam – ein klares, fortschrittliches Zeichen gesetzt werden.

Von grosser Bedeutung wäre bei der Neuvergabe der Konzession für die Wasser- und Energieversorgung (gemäss Geschäft 2455.1 derzeit in Verhandlung) die Klima- und Energiecharta im Konzessionsvertrag zu verankern. Mit der Konzessionsvergabe wird eine Weichenstellung vorgenommen, die über die gesamte Laufzeit Auswirkungen darauf hat, mit welchen Energieformen, aus welchen Quellen und zu welchen Preisen die Stadt Zug in den nächsten Jahren und Jahrzehnten versorgt wird.

Die notwendigen Mechanismen, um die Klimaziele zu erreichen und der Stadtzuger Bevölkerung und Industrie sowohl hochwertige als auch kostengünstige Energie zur Verfügung zu stellen, sind im Konzessionsvertrag festzulegen. Beispielsweise können klimafreundliche, erneuerbare Energien bevorteilt werden, in dem ihre Durchleitung über städtischen Grund (Strassen) im Gegensatz zu anderen Energieformen kostenlos (oder zumindest günstiger) erfolgen kann. Gewisse, besonders klimaschädliche Energieformen (etwa Kohlenstrom) können und sollen ausgeschlossen werden.

Anstösse kann die Stadt Zug auch mit dem Energieförderprogramm geben, das gemäss Geschäft 2637 in diesem Jahr überarbeitet werden soll – und wo die Klima- und Energiecharta als Leitlinie dienen würde.

Mit dem Bekenntnis zur Klima- und Energiecharta wird auch für die anstehende Ortsplanungsrevision die Richtung vorgegeben. Sowohl in der Bauordnung als auch bezüglich Raumentwicklung und Verkehr müssen die Weichen unbedingt konsequent in Richtung Nachhaltigkeit gestellt werden.

Mit der Ratifizierung der Charta kann die Stadt Zug ein klares Zeichen setzen, dass wir uns der grossen Herausforderung durch die Klimaerwärmung bewusst sind und gewillt, alles in unserer Macht stehende zu tun, um die Ziele des von der Schweiz ratifizierten Pariser Klimaabkommens, nämlich eine Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 und Netto Null bis 2050, zu erreichen.

**Ergebnis**

Die Motion wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

## **Interpellation Laurence Uttinger, FDP, vom 22. März 2021 betreffend "Nachtruhestörungen am Seeufer"**

Gemäss § 2 des Reglements über die Lärmbekämpfung vom 18. Januar 1972 (Lärmreglement) der Stadt Zug ist von 22.00 Uhr bis 07.00 Uhr generell Nachtruhe zu beachten. Ausnahmen bei besonderen Veranstaltungen sind bewilligungspflichtig. Wer die am fraglichen Ort massgebliche oder übliche Nachtruhe durch übermässigen Lärm stört, wird mit Busse bestraft; Fahrlässigkeit ist strafbar (§ 9 Übertretungsstrafgesetz (ÜStG, BGS 312.1) des Kantons Zug).

Seit Jahren bemühen sich die Anwohner im Gebiet Vorstadt, Neustadt und Chamerstrasse darum, dass ihr Recht auf Nachtruhe respektiert wird. Leider waren diese Bemühungen bisher erfolglos, denn heute präsentiert sich die Situation folgendermassen:

Sobald die Witterung den Aufenthalt im Freien zulässt, müssen sich die Anwohner jede Nacht Schreie, Kreischen, laute Streitereien, das Zünden von Knallfröschen, Schlagen gegen Metallpfeiler, betrunkene Schimpftiraden, Herumbrüllen und ähnliches anhören und zwar bis in die Morgenstunden. Den Abend gemütlich auf dem Balkon ausklingen zu lassen oder bei offenem Fenster zu schlafen ist unmöglich geworden. In vielen Nächten schreckt man sogar bei geschlossenen Fenstern aus dem Schlaf auf, wenn jemand besonders laut kreischt oder besonders lang herumbrüllt.

Ganz nebenbei kommen im Übrigen noch Sachbeschädigungen, Müll, der über Zäune geworfen wird, Eindringen in Gärten und beliebiges Läuten an Hausglocken vor und nach Mitternacht hinzu sowie der Verlust des Gefühls, sich nachts sicher bewegen zu können. Und falls man morgens unglücklicherweise vor der Putzkolonie an den See geht, bietet sich ein Bild des Jammers: Herumliegende Abfälle, zerbrochene Flaschen, Scherben, Erbrochenes.

Die Bemühungen des Stadtrates zur Durchmischung des Publikums an der Seepromenade und auch der Einsatz von Sicherheitskräften werden geschätzt. Allerdings haben diese Massnahmen die regelmässigen Nachtruhestörungen nicht zu beheben vermocht. Auch die Appelle der Nachbarschaft Vorstadt-Neustadt Zug zeigten bisher keine Wirkung. Ich bin daher der Auffassung, dass der Stadtrat seine Anstrengungen in diesem Bereich merklich verstärken und weitere Massnahmen ergreifen muss, um die Umsetzung des Lärmreglements wirksam sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welchen konkreten Massnahmen stellt der Stadtrat sicher, dass das Lärmreglement in Bezug auf die Nachtruhe am Seeufer in Zukunft eingehalten wird?
2. Ist dem Stadtrat bewusst, dass ähnliche Probleme auch in anderen Quartieren bestehen (wie mir bei der Ausarbeitung dieser Interpellation deutlich gemacht wurde) und gedenkt er diesbezüglich etwas zu unternehmen?

Für die Beantwortung danke ich Ihnen im Voraus bestens.

### **Ergebnis**

Die Interpellantin verlangt die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

**Postulat der Fraktion Alternative-CSP vom 23. März 2021 betreffend "Mobility-Abo für alle BewohnerInnen der Stadt Zug"**

Wie den Medien entnommen werden kann, schenkt die Stadt Zürich allen städtischen MieterInnen, die im Besitz des Fahrausweises B sind, für zwei Jahre ein Mobility-Abonnement. Wer in Zürich folglich eine Wohnung von der Stadt gemietet hat, kann ohne Jahresgebühr die zahlreichen Autos von Mobility nutzen. Begründet wird diese Aktion mit der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft. Die Stadt Zürich kann dieses Angebot bei Mobility für nur Fr. 12 000.-- pro Jahr einkaufen. Profitieren können von diesem Angebot die Bewohner von 9200 städtischen Wohnungen. In den Medien fragt man sich, ob es nicht sinnvoller wäre, dieses Angebot gleich für alle Stadtzürcher nutzbar zu machen und somit nicht nur die Mieter von städtischen Liegenschaften zu bevorzugen.

Je mehr Menschen mit Mobility-Fahrzeugen unterwegs sind statt mit dem Privatauto, desto mehr freie Parkplätze gibt es, desto mehr Platz hat es auch auf den Strassen. Nutzer von Carsharing-Angeboten greifen nur dann auf das Motorfahrzeug zurück, wenn der öffentliche Verkehr keine Alternative bietet. Sie zahlen pro Kilometer und Stunde einen vernünftigen Tarif. Es gibt keine Grundkosten (Garagenmiete, Versicherung, Abschreibung etc.) wie für die Nutzer von Privatfahrzeugen. Nutzer von Carsharing-Angeboten können zudem das für den Zweck der Fahrt dienliche Fahrzeug leihen.

**Wir fordern den Stadtrat auf, mit der Firma Mobility Kontakt aufzunehmen und zu versuchen, ein mit Zürich vergleichbares Angebot zu erhalten. Dieses Angebot soll jedoch für alle StadtbewohnerInnen nutzbar sein, also nicht nur für die Mieter von Wohnungen im Besitze der Stadt.**

Sofern Mobility ein vergleichbares Angebot wie in Zürich macht, ist mit sehr bescheidenen Kosten von Fr. 20 000.-- jährlich zu rechnen, für zwei Jahre somit insgesamt Fr. 40 000.--.

**Ergebnis**

Die Motion wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

### **3. Motion der FDP-Fraktion vom 3. März 2021 betreffend "Taten statt Worte – liberale Lösungen für mehr bezahlbaren Wohnraum" Überweisung**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** verweist auf Motionstext und Begründung durch die Motionierenden.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass das Ratsmitglied **Mathias Wetzel** von der FDP in der Verwaltung der Allgemeinen Wohnbaugenossenschaft Zug tätig ist und aus diesem Grund bei diesem Traktandum in den Ausstand tritt. r

#### **David Meyer**

Die FDP will 20 % Anteil an genossenschaftlichen Wohnungen in der Stadt Zug. In der Beantwortung der Interpellation zum Wachstum, zu der wir später in der Sitzung kommen werden, sind alle Zahlen drin um auszurechnen, was die FDP-Motion bedeuten würde. Wollte man 20 % Anteil an Genossenschaftswohnungen in 20 Jahren – ein überschaubarer Horizont –, müssten 40 % aller Neuwohnungen bis 2040 Genossenschaftswohnungen sein. Sie können die Rechnung bei mir gerne beziehen und sie prüfen, wenn Sie das möchten.

Nun, mit 40 % Genossenschaftsanteil in den nächsten 20 Jahren geriete eine geordnete Stadtentwicklung komplett aus den Fugen. Null nachhaltig. Nicht erstrebenswert.

Aber das Ansinnen der FDP, das Wachstum steuern zu wollen, das passt schon. Die Fragen, welche hinter der Motion stehen: Wie viele Wohnungen würden denn wo gebaut, was ist möglich, was eine Zwängerei, für welches Segment, in welcher Stossrichtung, das abzuklären ist sicher richtig. Da brauchen wir Grundlagen. Deshalb beantrage ich die Umwandlung in ein Postulat. Mit dem Postulatsbericht kann der Stadtrat fundiert zu den offenen Fragen Antwort geben.

Ich bitte Sie, der Umwandlung in ein Postulat zuzustimmen.

#### **Gregor R. Bruhin**

Gerne möchte ich in einem kurzen Votum die Haltung der SVP-Fraktion verbunden mit einem Nichtüberweisungsantrag darlegen. Denn was wir heute beobachten, ist eine Sensation. Die FDP driftet links ab. Und anders als in den nationalen Ökologithemen steht sie ganz offen und ehrlich mit diesem Vorstoss dazu. Das braucht Mut – sich so stark vom politischen Wertekompass zu entfernen. Und zumindest diesen Umstand finde ich bewundernswert, wenn auch nicht erstrebenswert. Denn mit diesem Dammbbruch im bürgerlichen Lager werden solche linken Ideen offensichtlich neu mehrheitsfähig in dieser Stadt.

Es ist nämlich noch gar nicht lange her, da haben wir über die Initiative «Ja zu mehr bezahlbarem Wohnraum in Zug» abgestimmt. Die FDP hat sich damals richtigerweise gegen dieses Ansinnen von links gestellt. Die Initiative wurde damals auch in der Stadt mit wuchtigen 62.42 % abgelehnt. Heute, vier Jahre später, übernimmt die FDP faktisch den Initiativtext von 2017, streicht ihn ein bisschen blau an und glaubt, dass man dieses Trojanische Pferd eineinhalb Jahre vor den Wahlen als grossen bürgerlichen Gag verkaufen kann.

Die SVP-Fraktion bekennt sich weiterhin zu bürgerlichen Werten und lehnt diese Motion entsprechend ab. Der Vorstoss wird schlussendlich zu Überregulierung führen. Denn das Problem des knappen Platzes, welches wir in den meisten Zentren der Schweiz haben, löst die Motion nicht. Es daher nur eine Scheinlösung, mit welcher wir nicht unnötig den Stadtrat beüben sollten. Die SVP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab, egal in welcher Form, ob als Postulat oder Motion. Dem Antrag auf Umwandlung in ein Postulat würden wir zwar zustimmen, halten aber an unserem grundsätzlichen Nichtüberweisungsantrag dennoch fest.

### **Richard Rüegg**

Auch wir von der CVP unterstützen eine Umwandlung der Motion in ein Postulat. Diverse Argumente wurden von meinen Vorrednern bereits erwähnt.

Anmerken und fragen möchte ich noch:

Wie definiert sich eine preisgünstige Wohnung und erhalte ich auch Mieter dafür?

1980 war eine 4-Zimmer-Wohnung ca. 80 bis 100 Quadratmeter gross und kostete knapp CHF 1'000.00, und dies mit einer Nasszelle. Das Einkommen betrug durchschnittlich ca. CHF 3'000.00 pro Monat. In diesen Wohnungen lebten durchschnittlich vier Personen. Heutzutage wird eine 4-Zimmer-Wohnung erstellt mit ca. 120 Quadratmetern und zwei Nasszellen. Darin leben durchschnittlich nur zwei Bewohner, im Gegensatz zu früher. Das Einkommen beträgt heute ca. CHF 7'000.00 pro Monat. Darf diese Wohnung jetzt mehr kosten? Und wenn ja, wie viel mehr?

Der durchschnittliche monatliche Mietpreis im Kanton Zug gemäss Statista beträgt heute CHF 19.50 pro Quadratmeter. Das ergäbe für die neue 4-Zimmer-Wohnung einen Mietpreis von ca. CHF 2'400.00 pro Monat.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, definieren wir doch zuerst einen Ausbaustandard für preisgünstige Wohnungen und den dazugehörigen Mietzins.

Mit diesen Angaben können wir auf Wohnbaugenossenschaften und Investoren zugehen und ihnen diese Bauweise dann schmackhaft machen.

### **Mara Landtwing**

Seit Jahren werden Einzelpersonen, Paare und Familien durch sogenannt ortsübliche Mietpreise aus der Stadt Zug verdrängt und müssen sich eine andere Gemeinde – vielleicht sogar einen anderen Kanton – als neue Wohnstätte suchen. Das Problem, das die vorliegende Motion thematisiert, beobachtet die SP Stadt Zug mittlerweile schon seit Jahrzehnten. Wir sind froh, dass nun auch die FDP erkannt hat, dass gerade auch die ausgewogene Bevölkerungsdurchmischung eine lebenswerte Stadt Zug ausmacht.

Ein Grinsen kann sich die SP-Fraktion dennoch nicht verkneifen. In der Vergangenheit waren es unter anderem die FDP und ihre Exponenten, welche sich gegen Vorschläge zur Förderung bezahlbaren Wohnraums ausgesprochen hatten oder gar das Problem der Verdrängung durch zu hohe Mietpreise nicht einsahen. Zuletzt gesehen, und das ist mir als damals aktives Juso-Mitglied natürlich noch in sehr gutem Gedächtnis, bei der kantonalen Initiative für bezahlbaren Wohnraum, die 2017 zur Abstimmung kam. Die Jungen Alternativen und die Juso forderten damals 20% preisgünstigen Wohnraum als Zielvorgabe für den Kanton. Leider wurde die Initiative bachab geschickt. Wer weiss, wäre die Initiative mit Unterstützung der FDP vielleicht angenommen worden, so wären wir heute betreffend mehr bezahlbarem Wohnraum auch in der Stadt Zug schon bei den Taten, nicht mehr nur bei den Worten.

Genug der Vergangenheit. Die SP-Fraktion dankt der FDP für die Motion für mehr bezahlbaren Wohnraum und unterstützt den Auftrag an den Stadtrat. Zuversichtlich glauben wir, diesmal mit vereinten Kräften Nägel mit Köpfen zu machen. Wir danken der FDP für ihren Mut. Da uns das Anliegen wichtig ist, möchten wir den Vorstoss überweisen. Ob das nun als Postulat oder als Motion stattfindet, darüber müssen wir uns in der Fraktion noch absprechen. Wir sind aber ganz sicher für die Überweisung.

### **Patrick Steinle**

Ich will hier nicht auf die vielen Vorstösse und Initiativen von linker Seite in den letzten ungefähr 40 Jahren verweisen. Ich will auch nicht beispielhaft erwähnen, dass die schweizweit erste und entsprechend vielbeachtete Sonderzone für preisgünstigen Wohnungsbau durch unsere Fraktion in die letzte Ortsplanungsrevision eingebracht wurde. Und ich will nicht sagen, dass nach jahrzehntelanger Obstruktion ein Umschwenken unter dem Titel «Taten statt Worte» eher etwas grossspurig wirkt. Mit einem Marketingspezialisten als Fraktionschef ist das wahrscheinlich einfach nicht anders zu haben.

Nein, was ich sagen will, ist dies: Liebe FDP, herzlich willkommen an Bord, schön, seid ihr auch dabei, wenn wir jetzt noch alle in die gleiche Richtung rudern, kommen wir in dieser Sache sicher endlich voran.

Unsere Fraktion ist entsprechend für die Überweisung des Vorstosses, und zwar in Form einer Motion. Es geht hier ja um die Überweisung. Sollten in der Umsetzung dann tatsächlich Schwierigkeiten auftreten, wie das seitens glp angetönt wurde, kann man sich ja dann bei der Erheblicherklärung immer noch auf eine Teilerheblicherklärung oder Umwandlung in ein Postulat einigen. Aber wir würden den Vorstoss gerne als Motion überweisen.

Bezüglich preisgünstigem Wohnungsbau staune ich ein bisschen über Vorredner Richi Rüegg, der doch im Bauwesen tätig ist. Er sollte eigentlich wissen, dass das sehr genau definiert ist. Da gibt es einen Kriterienkatalog von der Wohneigentumsförderung mit klar definierten Kosten pro Quadratmeter bei Erstellung, Belegungsvorschriften – da liegt kein Luxus drin. Ich denke, das ist ein Bereich, der sehr gut definiert ist. Das müssen wir hier im Rat nicht auch noch machen.

Als Letztes vielleicht noch den Hinweis an die FDP: Wir hätten noch ein paar Themen mehr, wo Taten statt Worte gefragt wären.

### **Etienne Schumpf**

Ist das vorliegende Thema der preisgünstigen Wohnungen ein linkes Thema? Darf und soll sich die FDP einem traditionell linken Thema bedienen? Wenn man sich diese legitimen Fragen stellt, dann bringt uns das zwangsläufig zu politischen Grabenkämpfen, wie wir das vor allem im Votum der SVP gehört haben.

Entscheidender scheint die Frage zu sein, ob es sich hierbei um ein Thema handelt, das für die Stadt Zug von grosser Bedeutung ist, das für die Stadt Zug eine Herausforderung darstellt, das die Leute bewegt und dazu beitragen kann, dass die Stadt Zug aufgrund der Durchmischung der Leute auch eine liebenswerte und lebenswerte Stadt bleibt. Und die Frage, ob dieses Thema relevant ist, beantworten wir mit Ja. Darum möchten wir dieses Thema gerne mit euch zusammen und mit unserem liberalen Gedankengut mitgestalten und diskutieren.

Die Stadt Zug ist nicht mit dem Kanton Zug vergleichbar. Es wurden immer wieder Verweise gemacht auf die kantonale Initiative. Wir haben uns dort an einem Prozentsatz, einem Zielwert bedient, aber ich denke, wir sind uns einig, dass die Stadt Zug von der Struktur her ganz anders ist als der Kanton. Im Kanton Zug ist der preisgünstige Wohnungsbau mit diesen 3 % noch in den Kinderschuhen. Und wir sind als Stadt Zug ein Leuchtturm, nicht nur innerhalb des Kantons, sondern auch innerhalb der Schweiz. Wir möchten mit diesem Vorstoss dazu beitragen, dass auch in diesem Bereich die Stadt Zug ein Leuchtturm bleibt und diese Vorreiterrolle weiter ausbauen kann.

Wir würden uns über Ihre Unterstützung sehr freuen, damit wir dieses sehr wichtige Thema, das eine grosse Herausforderung für die Stadt Zug darstellt, gemeinsam und mit allen Parteien gestalten können. Wir halten an der Motion fest.

### **Roman Burkard**

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass man sich den Motionstext zu Gemüte führen sollte. Dann erkennt man auch, dass es mit der Initiative von 2017 im Kern zwar dasselbe ist – im Kern wollen wir alle nur das Beste –, aber im Wortlaut ist es etwas ganz anderes. Da steht nichts von Zwang, da steht nichts von regulieren, sondern da steht unterstützen sowie Rahmenbedingungen und Anreize schaffen. Besonders mutig muss man nicht sein, um eine solche Motion einzugeben. Es spricht mehr von Machermentalität. Heisst nicht, dass die Stadt das selber machen muss, sondern dass sie Rahmenbedingungen schafft und Anreize generiert.

Ich komme jetzt halt wieder mit konkreten Beispielen, weil es nur bestimmte Plätze gibt, wo man Entsprechendes umsetzen kann. An der Zugerbergstrasse war vor 25 Jahren die Brandruine. Da ist immer noch nichts geschehen. Wenn die Stadt dort vielleicht gewisse Anreize geschaffen hätte oder das einer Genossenschaft – es müssen aber nicht nur ausschliesslich Genossenschaften sein, wie das David Meyer gesagt hat, es können auch Private sein – zur Verfügung gestellt hätte, dann hätte man da auch wieder vorwärts machen können. Das spricht also mehr von Machermentalität.

### **Urs Bertschi**

Ich muss hier vorab gleich noch etwas marketingmässig korrigieren, einfach der guten Ordnung halber, um Geschichtsklitterung zu vermeiden: Massgeblich und Federführend bei dieser Initiative «Wohnen in Zug für alle» war, wenn ich mich richtig erinnere, die SP. Dass sich die Alternative das heute auf die Fahne schreiben will, nehme ich gerne entgegen. Das zeigt, dass sie nach wie vor im gleichen Boot sitzen.

Ich nehme aber auch gerne das Friedensangebot von Etienne Schumpf an. Er beweist – das wage ich hier zu sagen – nicht das erste Mal eine gewisse Vernunft seitens der FDP.

Was mir an diesem Ganzen etwas stinkt, ist das, was ich von Roman Burkard gehört habe, dass da die Macherqualität einerseits im Spiel ist und dass es am Schluss – und das muss man sich in dieser Stadt wirklich längerfristig überlegen – nur immer die FDP sein soll, die sagt, wann welches Thema in dieser Stadt opportun ist. Und das hat nichts mit Macherqualität zu tun, meine Damen und Herren, dass die FDP heute kommt. Wahrscheinlich merkt sie langsam selber, dass für ihre Klientel das Wohnen in dieser Stadt ziemlich unerschwinglich wird. Aber ich würde sagen, besser zu spät als nie, auch an die Adresse der FDP. Das hat nichts mit nach links driften zu tun, sondern das hat bloss mit Vernunft und vernünftig werden zu tun.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** teilt mit, dass zuerst über den Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat und danach über den Nichtüberweisungsantrag abgestimmt wird. Für eine Nichtüberweisung würde es zwei Drittel der Stimmen

### **Abstimmung Nr. 1**

- Für die Beibehaltung des Vorstosses als Motion stimmen 19 Ratsmitglieder
- Für die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 15 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

### **Ergebnis Abstimmung Nr. 1**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat beschlossen hat, den Vorstoss als Motion beizubehalten.

**Abstimmung Nr. 2**

- Für die Überweisung der Motion stimmen 22 Ratsmitglieder
- Für die Nichtüberweisung der Motion stimmen 11 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

**Ergebnis Abstimmung Nr. 2**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Motion überwiesen hat.

#### **4. Stadtplanung: Auslegeordnung und Erkenntnisse hinsichtlich eines Luftseilbahnsystems für die Stadt Zug**

Es liegt vor:

- Bericht des Stadtrats Nr. 2645 vom 9. März 2021

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest: Das Wort zum Eintreten wird nicht verlangt, damit gilt Eintreten als stillschweigend beschlossen.

##### **Patrick Steinle**

Unsere Fraktion kann die in dieser Auslegeordnung dargelegten Fakten und Argumente sowie die daraus gezogenen Schlüsse weitgehend nachvollziehen. Wir nehmen den Bericht so weit zustimmend zur Kenntnis.

Allerdings verstehen wir nicht ganz, weshalb unter dem Titel «Auslegeordnung» und mit dem Versprechen des Stadtrats vom 12. Mai letzten Jahres, als wir über die Verlängerung der Zuberbergbahn gesprochen haben, auch einmal «out of the box» zu denken und innovative ÖV-Systeme zu prüfen, eine derart eng begrenzte Studie durchgeführt wurde. Bei einer Beschränkung auf rein innerstädtische Verbindungen mit ausschliesslich Luftseilbahnen und unter Ausschluss touristischer Nutzung ist es wenig erstaunlich, dass nicht viele sinnvolle Varianten resultieren.

Warum hat man sich nicht getraut, auch über den städtischen Tellerrand hinauszublicken, und Verbindungen mit Nachbargemeinden zu prüfen? Zusammenwachsende Gemeinden sind nach Raumplanungsgesetz zu gemeinsamer Planung angehalten, da müssen wir doch nicht auf den Kanton warten. Vielleicht gibt es in der Lorzenebene Situationen, wo mit einer Luftseilbahn Orte hoher Nutzung miteinander verbunden werden könnten? Zum Beispiel zum Shoppingcenter Zugerland. Oder die ungünstige Topografie nach Ägeri hoch könnte besser und mit höherer Taktfrequenz überwunden werden?

Die Beschränkung auf Luftseilbahnen mit den schwierig zu erlangenden Überfahrrechten begrenzt natürlich die innerstädtischen Anwendungen. Weshalb wurde die Gelegenheit nicht genutzt, auch andere Varianten zu prüfen? Ich verweise hier etwa auf die Motion «Bike to school» unserer Fraktion, die im Sommer 2014 überwiesen wurde. Darin forderten wir, dass die Mechanisierung des Hänggelisteigs durch eine Kaskade von Rolltreppen geprüft werden könnte. Meines Wissens ist das nie erfolgt, obwohl die Motion überwiesen wurde. Spätestens hier hätte sich das doch aufgedrängt.

Immerhin erkennt die Studie zwischen Oberwil und der Schöneegg Potenzial für eine Luftseilbahn. Und wenn man jetzt nur ein kleines bisschen weiterdenkt und sich überlegt, ob das Umsteigen in der Schöneegg wirklich nötig ist oder ob dort nicht auch die Zwischenstation einer Gondelbahn hoch zum Zugerberg stehen könnte, dann landen wir wieder bei meinem Postulat von vorletztem Sommer, das damals noch als Spinnerei abgetan wurde.

Nun, im Nachhinein recht zu bekommen, ist zwar schön, bringt uns aber auch nicht weiter. Bleibt zu hoffen, dass diese Ideen irgendwann mehrheitsfähig sind und umgesetzt werden. Ich hätte da einen Vorschlag für den Titel eines entsprechenden Vorstosses: Taten statt Worte.

### **Roman Küng**

Die SVP-Fraktion bedankt sich bei Stadtrat und den zuständigen Stellen für den ausführlichen Bericht zu diesem Thema. Wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis und beantragen die Abschreibung von der Geschäftskontrolle.

Eine mögliche Seilbahnverbindung vom Stadtzentrum ins Loretoquartier, eine innerstädtische Ringbahn oder eine Verlängerung der Zugerbergbahn in der Luft bis nach Oberwil wäre womöglich eine Attraktion für den Tourismus – mehr aber auch nicht.

Denn wie der Stadtrat im vorliegenden Bericht richtig feststellt, verfügt die Stadt Zug bereits über ein hervorragendes ÖV-Angebot. Ein Ausbau ist nicht nötig und ein Mehrwert für die Bevölkerung ist nicht zu erkennen.

Dazu kommt die Komponente der Machbarkeit. Die Stadt Zürich hat oder hatte zwei Seilbahnprojekte: zum einen eine Verbindung vom Bahnhof Stettbach zum Zoo – dies ist seit zehn Jahren blockiert – und zum anderen eine Verbindung über den See. Die sogenannte «ZüriBahn» über das Seebecken hätte 2020 zum 150-jährigen Jubiläum der Zürcher Kantonalbank in Betrieb gehen sollen. Das Projekt verspätet sich wegen Rekursen jedoch, und ob es überhaupt realisiert wird, ist ungewiss. Und dies obwohl es sich sogar nur um eine temporäre Installation handeln würde, die Kosten von der Zürcher Kantonalbank getragen würden und kaum private Grundeigentümer betroffen wären. Aber genau von diesen Grundeigentümern wäre hier in Zug mit massivem Widerstand zu rechnen – zu Recht.

Mit jahrelangen, wenn nicht jahrzehntelangen Rechtsstreitereien wäre zu rechnen. Am Ende wären vielleicht sogar Enteignungen im Gespräch. Natürlich, bei der Ratslinken ist der Begriff der Enteignung vielleicht gar nicht so verpönt. Er geniesst wahrscheinlich sogar gewisse Sympathien. Bei mir aber stellen sich die Nackenhaare. Enteignungen sind ein No-Go. Insbesondere wenn sie dann auch noch stattfinden sollen für eine Seilbahn, die kein Mensch braucht.

### **Ivano De Gobbi**

Wir erachten es als wichtig, dass alternative Mobilitätsformen für die Stadt Zug analysiert und geprüft werden.

Mit dem prognostizierten Wachstum in den nächsten 10 bis 20 Jahren werden die verkehrstechnischen Probleme mit den aktuellen Lösungen wie zum Beispiel neue Strassen bauen nicht behoben.

Es braucht den Mut und die Voraussicht, die Mobilität kreativ in die Zukunft zu führen. Dabei dürfen aber nicht von Anfang an zu enge Grenzen gezogen werden. Natürlich müssen die Ideen und Vorschläge auf die Machbarkeit geprüft werden.

Mit den Ausführungen vom Baudepartement, dass ein Luftseilbahnsystem für die Stadt Zug eher nicht das geeignete Mittel ist, sind wir einverstanden. Wir erwarten, dass der Stadtrat die zukünftige Mobilität proaktiv angeht. Besten Dank dem Baudepartement für die Beantwortung und Ausführungen.

### **Daniel Blank**

Die FDP-Fraktion bedankt sich nochmal bei Patrick Steinle, dem Interpellanten der Seilbahnidee. Es hat uns auch gefreut, dass der Stadtrat diesen Ball selber nochmals aufgenommen hat, um das Thema in diesem Rahmen sauber abzuklären. Wir schätzen Innovation und visionäres Denken. Auch wenn das Fazit ernüchternd ausgefallen ist, denken wir, es hat sich gelohnt. Wir können das Geschäft

heute abschliessen mit dem Wissen, dass der Weg durch die Luft viel steiniger wäre als auf den ersten Blick gedacht. Dies bestätigt auch der Blick nach Zürich, wo gleich mehrere Projekte darauf warten, endlich abzuheben. Besten Dank für das Erstellen der fundierten Vorlage.

### **David Meyer**

Der Dank geht an den Interpellanten. Es war sehr spannend, die Antwort des Stadtrates zu lesen. Die Antwort ist sehr ausführlich, sehr gut bebildert und unseres Erachtens auch sehr fundiert abgehandelt.

Die Antwort zeigt, dass man von Punkt zu Punkt durchaus gute Chancen hätte, eine Seilbahn einzusetzen. Aber mit unserem doch sehr verzweigten Netz macht das wenig Sinn.

Was war ich froh, das so zu lesen. Weil damals beim Stadttunnel haben wir im Strassenabstimmungskampf ganz viele Ideen gehört, unter anderem kam immer wieder die Seilbahnthematik, und heute können wir sagen, dass dies für unsere Stadt so alleine keine Option ist.

Was vorhin noch aufgeworfen worden ist, dass die Verwaltung nicht über den Tellerrand geschaut hat, kann man so sehen. Ich finde, die Thematik der Spinnereien ist eher bei uns Politikern angesiedelt als bei der Verwaltung. Es ist mir eigentlich recht, dass die Verwaltung sich auf den Auftrag beschränkt hat, den wir ihr erteilt haben. Ich freue mich also auf die nächsten Spinnereien und danke bestens für die Beantwortung.

### **Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

## **5. Interpellation der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2020 zum Zugerischen Kulturlastenausgleich (ZKLA)**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2639 vom 23. Februar 2021

### **Philip C. Brunner**

Wir haben diese Interpellation zum Kulturlastenausgleich letztes Jahr eingegeben. Wir danken dem Stadtrat für die qualitativ ausserordentlich gute Antwort. Mit dem Inhalt werde ich mich dann nachher als Fraktionssprecher noch auseinandersetzen.

Ich bin sehr froh, dass wir diese Interpellation eingereicht und diese Diskussion angestossen haben, welche im Zusammenhang steht mit den diversen Kulturfragen, die diese Stadt im Moment beschäftigt. Es kommt mit dem Kulturlastenausgleich allerdings eine zusätzliche Komplexität hinzu, und zwar geht es ja auch ein bisschen um Aussenpolitik mit den anderen Zuger Gemeinden und dem Kanton Zug. Zu meiner Interessenbindung: Ich war zweimal Teilnehmer am Kulturstrategie-Anlass. Der erste Anlass fand im September 2020 und der zweite am 13. März 2021 statt. Das ist ein Aspekt, der dort noch nicht richtig eingeflossen ist. Falls man diesen zugerischen Kulturlastenausgleich wirklich einführen würde, dann müsste das natürlich auch entsprechende Auswirkungen auf unsere Kulturstrategie haben. Das ist, soweit ich gesehen habe, nicht der Fall.

Die Vorlage, die uns der Stadtrat anbietet, betrifft mehrere Fragenkreise.

Den ersten Fragenkreis zur Gemeindepräsidenten-Konferenz finde ich sehr interessant. Die Antwort ist relativ ausführlich und zeigt auf, dass es sich bei der Gemeindepräsidenten-Konferenz eigentlich um ein Gremium handelt, das zufällig über die Jahre entstanden ist und sich jetzt sechsmal im Jahr trifft. Ich bin eigentlich recht froh, dass die Stadt Zug da nicht im Lead ist. Meines Wissens ist es aktuell der Gemeindepräsident der aufstrebenden Gemeinde Risch-Rotkreuz. Man könnte jetzt eine ganze Reihe von Institutionen anfügen, die von der Stadt Zug dorthin gewandert sind. Möglicherweise wird es auch der Standort der Kantonsschule Ennetsee sein. Wenn ich die drei Gemeinden betrachte, die im letzten Rennen dabei sind – Steinhausen und die Gemeinde Cham, die dieses Vorhaben an einer Volksabstimmung abgelehnt hat –, dann ist Rotkreuz der unmittelbare Mithauptort des Kantons Zug. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Der Vorgänger im Präsidium der GPK war aus der Gemeinde Baar. Sie sehen also: Das ist die Konkurrenz. Die Konkurrenz, welche die Gemeinden hinter sich scharft und dann Stimmung gegen die Stadt Zug macht.

Die beiden Stadtpräsidenten, die ich während meiner Zeit im Gemeinderat erlebt habe, werden das natürlich bestreiten. Dolfi Müller war da sehr auf Ausgleich bedacht und Karl Kobelt wird das natürlich auch so sehen – die werden uns alle Vorteile geben.

Letztlich läuft es so – und das ist auch bei diesem Kulturlastenausgleich der Fall – wie bei den diversen Systemen des Finanzausgleiches. Der Anteil am kantonalen Finanzausgleich ist CHF 60 Mio., der Anteil am nationalen Finanzausgleich ist CHF 20 Mio., zusammen notabene CHF 80 Mio. Wenn Sie das Budget der Stadt Zug mit ungefähr CHF 300 Mio. kennen, können Sie gut ausrechnen, welcher Anteil ihrer Steuerkraft direkt zu den Zuger Gemeinden geht. Über diese Gemeinden werden wir jetzt noch reden. Die Gemeinden wollen der Stadt etwas Geld geben, aber selbstverständlich wollen sie auch mitreden.

Das ist aus Sicht der SVP ein totales ein No-Go. Und zwar ist es nicht nur ein No-Go, weil wir eine Gemeindeautonomie haben, sondern es ist auch ein No-Go, weil der Gemeinderat und der Stadtrat der Stadt Zug und ihre Vorgängervertreter über Jahre sehr viel Geld für die Kultur aufgewendet haben

– nicht nur jährlich mit den Leistungsvereinbarungen mit den entsprechenden sechs aufgezählten Institutionen, sondern auch betreffend das Theater Casino, wo es um zweistellige Millionenbeträge geht, die hier zugunsten der Kultur investiert wurden. Und die Kultur ist letztlich ja ein Produkt, welches wir unseren Einwohnerinnen und Einwohnern anbieten.

Das zur Gemeindepräsidenten-Konferenz.

Dann zum zweiten Fragenkreis betreffend Aufbau des Kulturlastenausgleichs. Das ist in der Vorlage sehr schön beschrieben – inhaltlich, qualitativ, offen und ehrlich. Da kann man dem Stadtrat sicher ein Kompliment machen. Aus meiner Sicht sind da keine versteckten Kammern, die irgendwelche Geheimnisse bergen, sondern es liegt auf dem Tisch.

Es ist jetzt und heute der Tag, wo wir und der Stadtrat ganz klar sehen müssen, auf was für ein Abenteuer der Stadtrat sich da einlässt.

Ich sage aus Sicht der SVP, dass wir diesen Kulturlastenausgleich bis zur Volksabstimmung durchziehen werden. Wenn wir es hier im GGR nicht schaffen mit einem Behördenreferendum, werden wir Unterschriften sammeln und dagegen angehen. Und dann werden wir schauen, wie das rauskommt. Wir von der SVP haben schon einmal Unterschriften zu einem Kulturlastenausgleich gesammelt, zum Kulturlastenausgleich mit Zürich und Luzern vor ein paar Jahren. Da haben wir gar nicht so schlecht abgeschnitten. Heute wäre es vielleicht anders. Wir geben aus dem Lotteriefonds jährlich – Barbara Gysel kann mich dann korrigieren – Geld in der Grössenordnung CHF 2.4 Mio. oder CHF 2.5 Mio. nach Zürich und Luzern. In Luzern betrifft es das KKL, in Zürich die Institutionen Opernhaus, Schauspielhaus und möglicherweise weitere.

Das ist nicht, was unsere Stimmbürger und Steuerzahler wollen, dass wir für CHF 750'000.00 bis CHF 1 Mio. unsere Souveränität verkaufen. Sie haben es in der Hand, falls der Stadtrat diese Vorlage bringt. Wir können sie ablehnen.

Der grosse Verlierer wird der GGR sein; er kann – so entnehme ich das den Unterlagen – im kulturellen Bereich nur noch sehr, sehr beschränkt mitbestimmen. Und ich weiss nicht, ob das die Meinung ist. Wir – 40 Leute von 30'000 Einwohnern – sind gewählt, um die Einwohner der Stadt Zug zu repräsentieren. Ich glaube nicht, dass es der Wille der Einwohner ist, dass wir Souveränität aus der Hand geben. Das sollten wir nicht tun.

Und es soll niemand sagen, es gehe jetzt gegen die Kultur – ganz im Gegenteil. Wir können dann später auch nichts mehr für die Kultur machen. Wenn wir feststellen, dass es Projekte gibt, die wir gerne unterstützt haben möchten, dann sind uns die Hände gebunden. Es ist dieses Gremium, das in der Vorlage beschrieben ist, welches die Kultur nachher weitgehend bestimmen wird.

Ich werde mich wie gesagt als Fraktionssprecher nochmals zu Wort melden und freue mich sehr über Ihre Voten, vor allem zur Frage der Souveränität in der Kultur dieser Stadt.

### **Maria Hügin**

Der Zuger Kulturlastenausgleich – oder besser gesagt, der fehlende Zuger Kulturlastenausgleich – beschäftigt diesen Rat schon seit Jahren. In den Protokollen des GGR ist in diesem Zusammenhang immer wieder von dicken Hälsen und knirschenden Zähnen zu lesen. Das Gefühl, die Stadt Zug bezahle einen zu hohen Anteil der kulturellen Zentrumslasten, sitzt tief. Umso erfreuter nimmt die FDP-Fraktion die Antworten des Stadtrates zur Kenntnis. Endlich packt der Stadtrat dieses heisse Eisen an und sucht zusammen mit dem Kanton und den Gemeinden nach einer breit getragenen Lösung. Illusorisch ist es zu glauben, dass eine Beteiligung des Kantons und der Gemeinden nicht auch seinen Preis hat. Auch hier gilt – wie so oft im Leben: wer zahlt, bestimmt mit. Der vermeintliche Kompetenzverlust des GGR hat auch innerhalb der FDP-Fraktion zu Diskussionen geführt. Letztlich ist

die grosse Mehrheit der Fraktionsmitglieder aber der Meinung, dass der Kompetenzverlust verkraftbar ist. Denn seien wir ehrlich, meistens hat der GGR den Kulturvorlagen mit mehr oder weniger Getöse – und eben auch zähneknirschend – zugestimmt.

Mit dem vom Stadtrat eingeschlagenen Weg kommt es hingegen unbestrittenermassen zu einer substanziellen finanziellen Entlastung der Stadt Zug im sechsstelligen Bereich. Endlich würden die Kulturausgaben nicht mehr einseitig von der Stadt, sondern von allen im Kanton getragen, die das breite und gute kulturelle Angebot ja auch gerne nutzen.

Einen Punkt möchte die FDP-Fraktion der Gemeindepräsidenten-Konferenz und dem Kanton noch zu bedenken geben: Die Ausgestaltung des Modells darf nicht zu starr sein. Eine gewisse Flexibilität wird es auch in Zukunft brauchen, um den Kulturinstitutionen gerecht zu werden. Es kann immer Unvorhergesehenes passieren und es darf nicht so sein, dass dann einfach die Stadt wieder in die Bresche springen muss.

In diesem Sinne unterstützt die FDP-Fraktion den Stadtrat, insbesondere den Stadtpräsidenten in seinen Bemühungen um eine gerechtere Verteilung der kulturellen Zentrumslasten und hofft auf eine baldige Einigung und Umsetzung des angedachten Modells.

Zum Schluss möchte die FDP-Fraktion der SVP für diese Interpellation danken, die ein wichtiges Thema aufgreift und dem GGR die Möglichkeit gibt, zum geplanten Modell Stellung zu beziehen.

### **Barbara Gysel**

Zu meiner Interessenbindung: Ich bin Präsidentin der IG Kultur Zug und Mitglied der kantonalen Kulturkommission.

Beim Dank kann ich mich meiner Vorrednerin anschliessen. Es ist in der Tat der SVP und ihrer Interpellation zu verdanken, dass sie uns unbekanntes Wissen über das Politprojekt «Kulturlastenausgleich» verschafft hat. Ein grosses Merci.

Es geht in der Beantwortung zum einen um diesen ordnungspolitischen Komplex und die Entwicklung der Gemeindepräsidenten-Konferenz – am Rande sei bemerkt, eine Namensänderung wäre auch mal angezeigt, um nicht nur die männliche Form zu haben, aber das unter «PS».

Wir nehmen diese Aufgaben und auch die Entwicklung mit Interesse und gleichzeitig mit etwas Skepsis zur Kenntnis. Das interkommunale Lobbying über die GPK-Zug birgt nämlich Chance und Risiko zugleich: in manchen Fällen wohl fruchtbar und in anderen Fällen furchtbar. Ich fokussiere nun aber hauptsächlich auf den Kulturlastenausgleich.

Die Idee hinter dem Kulturlastenausgleich liegt ja in der Klärung der Aufgaben und Kompetenzen respektive den Finanzverteilungen. Das ist hochrelevant, wichtig und notwendig zu verfolgen. Die Frage ist auch innerhalb der SP überhaupt nicht neu. Unsere kantonsrätliche SP-Fraktion reichte am 9. Juni 2015 gar eine Motion ein zur Förderung der Entflechtung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung sowie deren Finanzierung zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden. Die Motion wurde letztlich nicht erheblich erklart, das Projekt wurde bachab geschickt. Umso erstaunlicher und gleichzeitig erfreulicher ist nun die Neuaufgleisung des partiellen Teils «Kulturlastenausgleich» quasi über das Hintertürchen, wie der Stadtrat auf den Seiten 3 und 4 erläutert. Wir orten sehr viel guten Willen und schätzen dies. Nun muss aber Wert darauf gelegt werden, dass sich das «Hintertürchen» nicht zu einer «Politik der verschlossenen Türen» entwickelt.

Wie erwähnt: Einzig dank der SVP'schen Fragen haben wir mehr erfahren, die SVP stellt notabene den kantonalen und städtischen Finanzchef.

Und so lernen wir: Das von der GPK-Zug Mitte November 2019 lancierte Projekt «Kulturlastenausgleich» bezwecke, «gestützt auf ein Inventar von Zuger Kulturinstitutionen von gesamtkantonalen Bedeutung Aufgaben, Kompetenzen und Finanzierung zu entflechten und ein Finanzierungsmodell zu entwickeln». Ein wirklich sinnvoller und guter Grundgedanke zur Förderung der wichtigen kulturellen Institutionen.

Nun gewährt der Stadtrat auch einen ersten Einblick in die neu geplante «Kommission für die kulturellen Institutionen des Kantons Zug», die ausgestattet ist mit reichlichen Kompetenzen. Es ist aber nicht beschrieben, ob diese Kommission beispielsweise fachlich oder politisch zusammengesetzt ist. Hat sie aber einen Beitrag an eine Institution gesprochen, ist dieser künftig sozusagen fixiert, die Gemeinden entscheiden erst wieder, falls es um eine Veränderung gehen sollte. Und genau das ist der Knackpunkt, der bereits angesprochene Kompetenzverlust. Wir werden in der Stadt vielleicht wenige hunderttausend Franken weniger Lasten haben – geben aber unsere eigene Steuerung und die Flexibilität auf. Auch wir als GGR würden unsere Kompetenzen in den kulturpolitischen Geschäften verlieren. Ja, ein eigentliches Demokratiedefizit ist zu befürchten.

Das stellt sich nun die Frage: Wo ist der Mehrwert für die Stadt?

Ein Beispiel: Wie würde damit umgegangen, wenn die Burg Zug in einiger Zeit – zu Recht – einen höheren Beitrag beantragen will, den sie bereits angekündigt hat? Eine einzige Gemeinde, die nicht zustimmt, könnte dies zum Scheitern bringen.

Ein anderes Beispiel: Auf Seite 4 ist nachzulesen, dass die TMGZ ins geplante Inventar aufgenommen werden solle, nicht aber das Casino, wo wir gerade tagen. Niemand wird glauben, dass diese beiden Institutionen gänzlich unabhängig beurteilt werden können?

Wir erkennen keinerlei Mehrwert – weder für uns als Stadt noch aus Sicht der Kulturinstitutionen.

Vielmehr: Das Konstrukt ist weder Fisch noch Vogel.

Entweder würde es sich auf die Koordination auf Fachebene beziehen und diese fördern – aber ohne eigentliche Finanzkompetenzen. Das ist wünschbar, aber keine umfassende Weiterentwicklung des Ist-Zustandes. Oder aber wir müssten das Finanzierungsmodell auf eine kantonale Gesetzesgrundlage stellen, die alle anderen Gemeinden zu Mindestbeteiligungen an den Kulturinstitutionen verpflichtet – ohne Diskussion. Genau das scheint aber unerwünscht zu sein. Und weil es an und für sich eine gute Grundidee ist, sollten wir das entsprechend weiterprüfen.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen: Wo bleibt der adäquate Einbezug der involvierten Akteurinnen und Akteure? Nicht gerade «comme il faut», wenn die einzelnen Institutionen durch die namentliche Aufführung in einem Stadtratsbericht erstmals etwas übers Projekt erfahren.

Seit sage und schreibe knapp eineinhalb Jahren arbeitet dieses Gremium an einem neuen Finanzierungsmodell, aber ohne die Direktinvolvierten überhaupt je orientiert zu haben.

Wie erwähnt: Ich präsidiere die Dachorganisation IG Kultur Zug. Sie bildet bekanntlich eine Dachorganisation ohne eigene künstlerische Produktionen oder ähnliches, sondern ist vielmehr Drehscheibe und Plattform. Auch die IG Kultur Zug ist im Bericht konkret erwähnt, zwar nicht fürs Inventar, wurde aber bisher nicht spezifisch und adäquat angerufen. Und wir sind offenbar nicht die einzigen, ich spreche aus Erfahrung. Möglichkeiten zum angemessenen Einbezug gäbe es hingegen viele. Ich muss hier ganz bestimmt kein umfassendes Referat über Partizipationsstufen halten: Angefangen schlicht bei Information über Anhörung, die Einladung zur Beratung, die Mitwirkung an der Entscheidungsfindung, ein eigener Entscheidungsbereich bis hin zur vollen Beteiligung – es gäbe eine lange Palette an Varianten, die auch überhaupt nicht voll ausgeschöpft werden müssten. Aber sogar

die unterste Stufe, die Information scheint leider versagt zu haben. Und das ist insbesondere schade, weil es sich um viel guten Willen und ein wichtiges Projekt handelt.

Der Stadtrat schreibt in Antwort auf Frage 3, dass das Projekt immer noch am Laufen sei. Aus Sicht der Kulturinstitutionen ist zu wünschen, dass die involvierten Akteurinnen und Akteure mindestens vor der endgültigen öffentlichen Kommunikation in angemessenem Rahmen einbezogen werden. Aus Sicht der Stadt Zug plus der Kultur müsste am Ende des Tages ein echter Mehrwert dieses Kulturlastenausgleiches aufgezeigt werden können. Wir sollten gerade unsere Flexibilität behalten, um auch der angedachten städtischen Kulturstrategie keine Hürden in den Weg zu legen.

Fazit: Wenn es um interkantonale oder auch interkommunale Koordination geht: Gut gemeint ist nicht unbedingt gut gemacht. Die frühere ZFA-Reform hat leider grandios Schiffbruch erlitten. Dem angekündigten Projekt ist mehr Erfolg zu wünschen. Schliesslich ist im Kulturbereich auch schon mal davon die Rede, dass die eigentliche Durststrecke aufgrund von Corona gerade erst anfängt.

### **Christoph Iten**

Die Stossrichtung erachten wir grundsätzlich als erfreulich. Wir kommen damit einem langersehnten Ziel etwas näher, nämlich der Kostenbeteiligung an diesen Kulturkosten durch die übrigen Gemeinden. Aber es ist leicht zu übersehen – wir haben es jetzt zum Glück einige Male gehört –, dass die Beiträge der Stadt für die Institutionen, welche in dieses Inventar aufgenommen werden, folglich einfach eine gebundene Ausgabe wären. Wir geben damit ein absolut wichtiges und zentrales Steuerungsinstrument ein Stück weit aus der Hand.

Wir denken, bei der weiteren Ausarbeitung ist es absolut zentral, ein grosses Augenmerk auf den Finanzierungs- bzw. Kompetenzenmechanismus zu legen. Künftig wird die Annahme oder die Ablehnung in diesem Rat oder vielleicht dann auch vor dem Volk genau von diesem Mechanismus abhängen. Aus unserer Sicht ist es quasi ein Stück weit das *Pièce de Résistance*. Und es wäre schade, wenn man hier diesen langen Weg gegangen wäre und es dann im Rat oder vom dem Volk scheitert. Wir denken aber auch, dass die Kostenbeteiligung nicht ohne ein gewisses Stück an Kompetenzverlust erreichbar ist. Es ist aber wirklich zentral, dass man hier die Zeit und Energie investiert, diesen Mechanismus auch gut für die Stadt Zug auszuarbeiten. Es ist niemandem gedient, wenn wir dann ein Resultat haben, das im Rat oder vor dem Volk herunterfällt.

### **David Meyer**

Der Mechanismus bezüglich Mitsprache, Ausstiegsklauseln für Gemeinden, die Finanzierung sowie die Bestellung der Organe, all das erscheint uns nicht ausgereift. Es gibt dann ein Gremium und Kommissionen. Aber das ist etwas suspekt. Wir wissen, wie das einschlafen kann in diesen Kommissionen. Wir wissen, wie da ein Drift reingehen kann. Wir wissen nicht, wer da reingeht, wie die Strategie sein soll, wie die Verhältnisse sein sollen, was die tun und lassen. Das ist alles sehr unklar.

Beim ZFA und beim NFA haben wir einen Mechanismus. Da haben wir vereinbart, wie das Geld von den einen zu den anderen geht. Aber wir haben da nicht vereinbart, was die Berner im Berner Oberland mit dem Geld, das wir bezahlen, machen.

Ich sehe einen solchen Kulturlastenausgleich deutlich auf dieser Seite, dass man sich über die finanziellen Abgeltungen oder Austausch einigt. Aber ich sehe nicht, dass wir hier in der Stadt Zug schlussendlich einfach das nehmen, was eine Kulturkommission, ein Gremium auf kantonaler Ebene dann vorgibt. Wir müssen uns schon im Klaren sein: Kultur ist etwas, das im Wandel ist, mit der Zeit geht oder der Zeit vorausgeht. Das ist auch ein Standortvorteil. Den können wir als Stadt so lange

spielen wie wir eben auch Mitspracherecht haben. Ab dem Moment, wo wir nur noch Mitbezahlungsrecht haben, verlieren wir diesen Spielraum. Diesen aus der Hand zu geben, kann nicht unsere Absicht sein. So gesehen ist das nicht ideal, was hier vorliegt. Ich denke, da muss man nochmal über die Bücher.

### **Philip C. Brunner**

Vielen Dank für Ihre Voten. Dazu möchte ich etwas sagen.

Zuerst zur FDP und dem Votum von Maria Hügin: Wir sind als SVP-Fraktion natürlich nicht gegen eine Unterstützung durch die Gemeinden. Wir könnten uns eine Abgabe eines bestimmten Betrages, CHF 8.00 oder CHF 10.00 pro Einwohner pro Gemeinde, für Institutionen der Stadt Zug durchaus vorstellen. Das ist überhaupt kein Problem. Wenn wir CHF 1 Mio. mehr erhalten, die direkt in die Kultur fließen kann, dann würden wir das unterstützen. Aber wir sind nicht bereit, diesen Preis zu zahlen.

Ich danke auch der Kollegin Barbara Gysel für ihre Ausführungen. Sie hat da noch etwas tiefer gegraben, als ich es gemacht habe in meinem ersten Votum. Vielen Dank, du hast sehr schön aufgezeigt, um was es hier geht. Und du bist vielleicht bezüglich deiner Funktion als Präsidentin der IG Kultur auch viel näher dran. Der SVP wirft man natürlich immer vor, dass sie hinter vorgehaltener Hand irgendeine taktische Überlegung hat, um der Kultur an den Karren zu fahren. Das ist überhaupt nicht das Problem. Der Prozess, was Kollege Stefan Huber und die glp zusammen mit der SVP aufgezogen hat, ist eine Stärkung der Kultur in dieser Stadt. Und Kultur – das müssen wir einfach sagen, da bin ich auch ganz bei Christoph Iten – kommt immer von unten rauf, das ist nicht top-down. Wir müssen in diesem ganzen Kulturstrategieprozess etwas aufpassen, dass es dann am Schluss nicht top-down ist. Die Kultur muss von unten kommen. Das ist «Grassroots», und zwar auf allen Ebenen, ob das jetzt der Tanz ist, die Musik oder sonst eine kulturelle Tätigkeit. Das muss von unten kommen. Was wir von oben machen können, sprich die Politik machen kann, ist, die Rahmenbedingungen so definieren, dass das Geld, das Zur Verfügung gestellt wird durch die Bürgerinnen und Bürger, fair verteilt ist. An diesem Prozess wird jetzt ja gearbeitet.

Also noch einmal: Wir sind nicht dagegen, mehr Geld von den Gemeinden zu erhalten. Nur hat der Stadtrat den Auftrag, den GGR – es stimmt, dass der GGR über Jahre immer wieder moniert hat, dass die Beträge zu klein sind, zum Teil lächerliche Beträge. Noch einmal das Beispiel vom ZFA. Wir zahlen diesen Gemeinden gutes Steuergeld, damit sie auch entsprechend Gutes tun können. Aber es kommt nichts zurück. Das Geld verschwindet einfach irgendwo in diesen Gemeinden. Davon sehen wir nichts mehr.

Die Idee ist nicht, dass wir von den Gemeinden kein Geld annehmen wollen. Das Problem ist der Kompetenzverlust. Dieses Gremium halte ich – da bin ich ganz bei Barbara Gysel – für absolut nicht relevant in dem Sinn, dass dessen Mitglieder beurteilen können, was Kultur überhaupt ist in dieser Stadt. Die haben gar keine Ahnung – Entschuldigung. Der Gemeindepräsident von Neuheim wird zu einem Elftel mitreden wollen, was hier im Theater Casino Zug läuft. Ich meine, das ist doch einfach – Entschuldigung, das läuft doch ähnlich wie beim Rahmenvertrag, wenn man einmal unterschrieben hat, dann ist man einfach geliefert.

Und dass die FDP als wichtigste Partei und Fraktion in dieser Stadt das so macht, da drehen sich doch die Gründer des GGR in ihren Gräbern um – oder im Altersheim. Der GGR besteht seit bald 60 Jahren. Man wollte einen starken GGR, der dem Stadtrat gerade in wichtigen Punkten eben stärker als Gemeindeversammlungen entgegentreten kann. Wir gehen hier den Baarer Weg. Das Königtum ist dann der Stadtrat. Der Gemeinderat bringt es fertig, sich hier selber zu kastrieren. Das ist die

Entwicklung, die hier aufgezeigt wird. Man muss es ganz ernsthaft sehen: Das geht nicht. Das geht auf gar keine Kuhhaut.

In diesem Sinne: Wir nehmen die Vorlage Nr. 2639, die Beantwortung dieser Interpellation zur Kenntnis. Wir haben in der Fraktion keine negative Kenntnisnahme beschlossen. Der Grund ist nicht, weil wir mit dem Inhalt einverstanden sind, sondern weil die Qualität der Arbeit des Stadtrates für uns okay ist. Die Qualität der Vorlage kritisieren wir nicht. Aber inhaltlich – und das möchte ich ganz klar zu Protokoll geben – sehen wir das ganz anders.

Wir sehen die Rolle der Stadt Zug bezüglich Gemeindepräsidenten-Konferenz auch etwas anders. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass die Stadt Zug sich zurückzieht. Wir haben mehrere Male Kompetenzen weggegeben, in verschiedenen Bereichen, bei der Abfallbewirtschaftung beispielsweise. Wir sind nun in diesem Öki-Korsett drin. Wir können mit unserem Abfall gar nicht mehr machen, was wir wollen. Das wird Eliane Birchmeier bestätigen können. Es ist so. Es werden uns Vorgaben gemacht. Wir müssen uns daran halten. Und x-mal docken die anderen Gemeinden bei der Milchkuh Stadt Zug an, um möglichst dick abzurahmen. Das ist die Tendenz.

Es gibt auch andere Bereiche. Es gibt hier einen Stadtrat Urs Raschle, der hat es jetzt fertiggebracht, in seinem Bereich ein bisschen Luft zu schnappen, sich ein bisschen durchzukämpfen und den Gemeinden ein bisschen Druck zu machen. Aber das ist ein Einzelfall. Sonst gehen wir bei diesen Gemeinden wie der Osterhase in Schockstarre und die Gemeinden sagen, was hier läuft. Wer im Kantonsrat ist, weiss genau, wie es dort auch läuft.

Apropos Kantonsrat, noch ein Punkt: Die Kollegen Benny Elsener, Barbara Gysel, Karen Umbach und ich haben eine Interpellation zur Kultur gemacht. Ich bitte euch, das vielleicht einmal durchzulesen. Die Fragestellung war relativ einfach: Was macht der Kanton eigentlich bereits für die Kultur. Die Antwort ist relativ detailliert ausgefallen. Ich könnte noch nicht mit den Kollegen darüber reden. Vielleicht wird die Interpellation am nächsten Donnerstag im Kantonsrat behandelt. Wir haben die Interpellation nach der ersten Welle der Coronakrise anfangs Juli eingereicht. Die gibt sehr interessante Antworten. Der Punkt ist eigentlich: Geld ist in diesem Kanton für die Kultur vorhanden. Wir haben nach den letzten zehn Jahren gefragt. Der Regierungsrat weist in der Beantwortung nach, dass in den letzten zehn Jahren jährlich CHF 10 Mio. über den Lotteriefonds in die Kultur geflossen sind. Das ist aber noch nicht alles, insgesamt ist es noch mehr, aber das wären CHF 100 Mio. für die Zuger Kultur in zehn Jahren. Und die Stadt Zug macht ja auch etwas. Unser Kulturbudget liegt in der Grössenordnung von etwas über CHF 4 Mio., CHF 4.5 Mio. ungefähr. Und dieses Budget ist immer auf einem relativ hohen Niveau gewesen.

Hier also einfach die Diskussion zu führen, wir hätten zu wenig Geld und müssten unsere Kompetenzen verkaufen, davor kann ich nur warnen. Das haben wir überhaupt nicht nötig, weder finanziell noch bezüglich Grösse dieser Stadt, jeder vierte Einwohner des Kantons Zug wohnt hier in der Stadt Zug und zahlt hier Steuern. Wir können gerne auf diese Beträge aus den anderen Gemeinden verzichten, wenn wir Kompetenzen abgeben müssen. Sonst sind sie selbstverständlich herzlich willkommen.

### **Karl Kobelt, Stadtpräsident**

Ich möchte mich im Namen des Stadtrates für die wohlwollende, aber teilweise auch sehr kritische Entgegennahme der Interpellationsbeantwortung bedanken. Es ist in ihren Voten viel von Risiken und Kompetenzverlusten die Rede gewesen, weniger von Chancen, die mit dem neuen Kulturlastenausgleich eröffnet werden.

Ich glaube, Sie gehen mit mir einig, dass, wenn man einen Vertrag mit Partnern aufsetzt und dafür etwas bekommen will, man grundsätzlich auch etwas geben muss. Sonst kommt der Vertrag nicht zustande. Es ist möglich und auch wahrscheinlich, dass ein Preis zu zahlen ist. Wie hoch der Preis allerdings sein wird, ist noch nicht bekannt. Ich erbitte diesbezüglich noch um Geduld bis die entsprechende GGR-Vorlage ausgearbeitet sein wird. Diese wird auf der Basis der Vereinbarung ausgearbeitet werden, die auszuhandeln ist.

Ich komme zu meinem vorbereiteten Votum. Es gliedert sich in zwei Teile, zuerst ein kurzer allgemeiner Teil und nachher selbstverständlich des Pudels Kern, die Frage des möglichen Kompetenzverlustes des GGR.

Der Kulturlastenausgleich hatte zwei Hintergründe:

- Zum einen wurde nach dem Abbruch der ZFA-Reform 2018 von Seiten des Kantons und der im Lenkungsausschuss vertretenen Gemeinden explizit verlangt und erwartet, der Bereich Kultur sei zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzugreifen.
- Zum anderen hat – und darauf ist auch schon verschiedentlich hingewiesen worden, ich möchte es aber hier nochmals konstatieren – der GGR zumindest bei den letzten beiden Debatten zu den wiederkehrenden Beiträgen an die Kulturorganisationen der Stadt Zug beim Stadtrat unmissverständlich eingefordert, die Zuger Gemeinden seien finanziell stärker in die Pflicht zu nehmen.

Diesem Auftrag ist der Stadtrat mit dem aktuellen Prozess zum Kulturlastenausgleich nun nachgekommen.

Der GGR wird über den neuen Kulturlastenausgleich abschliessend befinden können. Ihnen kommt somit eine Art Veto-Recht zu. Lehnen Sie diesen Kulturlastenausgleich ab, kommt er nicht zustande. Das würde dann allerdings bedeuten, dass wir in der Folge dem Faktum ins Auge blicken müssen, dass eine stärkere Beteiligung des Kantons und der Zuger Gemeinden an unseren Kulturlasten in weite Ferne rücken dürfte.

Die Frage stellt sich – und es ist richtig, notwendig und zentral, diese Frage zu stellen –, welche Kompetenzen beim Entscheid über wiederkehrende Beiträge der GGR auch in Zukunft haben wird. Diese Frage kann noch nicht beantwortet werden. Sie wird im Rahmen der Vereinbarung zwischen dem Kanton Zug, der Stadt Zug und den Zuger Gemeinden auszuhandeln sein.

Es ist das Bestreben des Stadtrates, den GGR weiterhin in die Entscheide über Beiträge für die grossen Kulturinstitutionen miteinzubeziehen, sprich ihm entsprechende Vorlagen zu unterbreiten. Wie weit dies im Rahmen der Vereinbarung möglich sein wird oder andere Wege zu beschreiten sein werden, muss sich noch zeigen. Ich erinnere daran, dass mehr Mittel auch mehr Spielräume eröffnet – Spielraum ist auch ein Wort, das in den Voten gefallen ist. Es wird dann am Stadtrat sein, Ihnen entsprechende Vorschläge zu machen, wie man mit diesem Spielraum umgehen soll. Wie gesagt, Sie werden das letzte Wort haben.

Ich möchte noch eine Lanze brechen für die Gemeindepräsidentinnen-und-Gemeindepräsidenten-Konferenz brechen. Wäre damals dieses Gremium nicht dezidiert hinter einer Entlastung der Stadt Zug beim ZFA gestanden, wäre dieser damalige Kantonsratsentscheid von 2014, der eine namhafte Entlastung für die Stadt Zug gebracht hat, nicht zustande gekommen. Der Einbezug der Akteure ist zeitgerecht vorzunehmen, diesen Input nehme ich sehr gerne entgegen.

Der Stadtrat wird dem GGR entsprechend konkrete Lösungen aufzeigen – aufzeigen müssen selbstverständlich. Sie werden Gegenstand der entsprechenden Vorlage sein. Ich bitte Sie um Geduld bis diese vorliegt. Dann haben Sie das letzte Wort.

**Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

## **6. Interpellation der SVP-Fraktion vom 20. November 2020 betreffend Stadt Zug & Digitalisierung 3.0**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2640 vom 23. Februar 2021

### **Thomas Dubach**

Blockchain und stellvertretend dafür Bitcoin machen jüngst regelmässig und in kurzen Abständen Furore oder eben – die eine oder andere Schlagzeile.

Weilte man in den Sommerferien 2020 zum Beispiel in den Bergen, fand man bei der Rückkehr nach Hause ein neues Marktsegment vor: In kürzester Zeit trat das sogenannte «DeFi», decentralized finance, aufs Tapet. Zentrale stellen wie zum Beispiel Banken oder Börsen, denen man vertraut oder vertrauen kann und soll, braucht es nicht mehr – sie werden durch das Netzwerk, die Blockchain, ersetzt. Es passiert viel in diesem Bereich.

Grund genug für uns, bei der Stadt nachzufragen, wie es in Sachen Blockchain aussieht, einer Technologie, welche das Potential mit sich bringt, Grundlegendes zu verändern. Und dies auf eine Art und Weise, wie wir von der SVP es schätzen: das Leben einfacher gestalten, effektiver und effizienter, kostengünstiger und administrationsärmer sowie mehr Macht für den Bürger. Digitalisierung 3.0, weil anders als Digitalisierung 1.0 etc., wo, salopp gesagt, anstelle von Briefpost eine E-Mail verschickt wird oder anstelle mit Bargeld elektronisch bezahlt wird, aber sonst, an den Strukturen, passiert bzw. ändert sich nicht viel.

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nehmen diese wohlwollend zur Kenntnis.

Es macht Freude, zu sehen, dass die Stadt Zug in dieser Technologie vorne mit dabei ist und vor allem, so verstehe ich es, abgeklärt mit dabei ist. Wie es in der Antwort geschrieben steht, sieht die Stadt Zug sich als frei von Berührungsängsten mit neuen Technologien, bietet mit innovativer Gesetzgebung, kurzen Wegen und ausgeprägter Machermentalität der Wirtschaft auch in diesem Bereich Hand. Das hören wir gerne.

Wir hoffen auf ein weiter gutes Gelingen, wodurch das genannte Ökosystem weiter gedeihen soll und das wertschöpfende, zukunftsweisende Arbeitsplätze inklusive Steuersubstrat nach Zug bringt. Als SVPLer schwebt mir natürlich auch eine Zukunft vor, wo – neudeutsch «peer to peer» – zum Beispiel Bürger direkt untereinander, ohne Zutun des Staates oder einer anderen zentralen Stelle wirken können. Ob diese Zukunft Realität wird und ob oder in welchem Ausmass die Stadt dann dort auch Hand bietet, wird sich zeigen.

### **Daniel Marti**

Vorab möchte ich der SVP-Fraktion für die Fragen zu diesem interessanten Thema danken und der Stadt für die kompetente Antwort.

Gerne zitiere ich, was – wie ich meine – die Essenz der Antwort ist: «Ungeachtet von den Vorteilen ist immer zu bedenken, dass die Blockchain-Technologie auch nur eine Technologie ist. Sie weist kein inhärentes Sinnangebot auf. Ihr Nutzen ergibt sich, wie im Falle von anderen Technologien auch, immer aus ihrem Kontext»

Darum geht es doch. Die eigentliche Killer-Anwendung dazu hat sich noch nicht herausgeschält und wie mit anderen neuen Technologien muss zuerst eine Lernkurve durchgegangen werden, bevor wirklich nützliche oder sogar bahnbrechende Anwendungen zur Verfügung stehen.

Die Stadt Zug war eine der ersten Städte, die anfang mit der Blockchain-Technologie zu experimentieren. Damit konnte sie sich, mit wenig Aufwand und tiefen Kosten, als Pionier und Innovator der Digitalisierung in Szene setzen und gleichzeitig wichtige Erfahrungen sammeln.

Dies war ein genialer Schachzug und hat dazu beigetragen, dass sich viele Firmen in diesem Bereich für Zug als Firmenstandort entschieden haben.

Da nun die Technologie im Markt noch viele Änderungen, Entwicklungen und Standardisierungen unterworfen ist, macht es aber keinen Sinn, jetzt schon zu gross zu investieren. Zudem ist die Bevölkerung gegenüber der Digitalisierung generell immer noch eher skeptisch eingestellt, siehe dazu auch die E-ID-Abstimmung.

Wir glauben aber, dass die Stadt Zug gut daran tut, weiterhin ideale Rahmenbedingungen für innovative Firmen zu schaffen und auch weiterhin Hand für Pilot-Projekte zu bieten. Damit können wir weiterhin eine führende Rolle als innovativer Wirtschaftsstandort beibehalten.

In dem Sinne sagen wir: weiter so mit dem pragmatischen Weg in die Digitalisierung.

### **Alexander Eckenstein**

Die FDP-Fraktion bedankt sich bei den Interpellanten für die interessanten Fragen und beim Stadtrat für die sachlichen und überzeugenden Antworten.

Wir begrüssen es, dass der Stadtrat keine Berührungängste mit neuen Technologien hat und die Machermentalität in mehreren Projekten bewies. Wichtig scheint uns in diesem Zusammenhang, dass der mögliche Einsatz einer neuen Technologie immer von der Frage geprägt ist, was damit verbessert werden kann, und die Technologie nie aus reinem Selbstzweck zum Einsatz kommen soll.

Wir begrüssen auch, dass die Stadt im Rahmen von Public-Private-Partnerships Hand bietet, Verwaltung und Wirtschaft enger zusammen zu bringen und für beide Seiten – die Zuger Bevölkerung wie auch die Zuger Wirtschaft – Vorteile zu schaffen. Dabei sollte sich der Stadtrat jedoch davor hüten, selber zum Entwickler oder Designer zu werden.

Was schliesslich den von den Interpellanten angesprochene Standortvorteil der Stadt Zug anbelangt, ist daran zu erinnern, dass die Wirtschaftspflege weit mehr ist als die Förderung einzelner Technologien oder Cluster. Den Wirtschaftsplayern und dadurch dem Standort Zug ist dann am meisten geholfen, wenn ideale Rahmenbedingungen vorgefunden werden. Die Rezepte dazu sind bekannt:

- eine dienstleistungsorientierte Verwaltung mit kurzen Wegen und klaren Zuständigkeiten;
- eine gut ausgebaute und zuverlässige Verkehrsinfrastruktur;
- konkurrenzfähige Steuern und Abgaben;
- ein Bildungssystem, das auf die Bedürfnisse der Wirtschaft eingeht und die benötigten qualifizierten Fachkräfte hervorbringt;
- eine sichere und attraktive Wohnumgebung mit hoher Lebensqualität sowie
- rechtliche und politische Stabilität.

Diese bewährten Faktoren sind grundsätzlich zeitlos und unabhängig von Technologien. Zudem dienen sie allen Wirtschaftsspielern in gleichem Masse und bevorzugen nicht einzelne Sektoren oder Technologien.

In diesem Sinne nimmt die Fraktion die Antwort des Stadtrates im positiven Sinne zur Kenntnis.

**Patrick Steinle**

Auch wir danken der SVP für die Interpellation und dem Stadtrat für die Antwort, die wir zur Kenntnis nehmen. Es ist richtig und wichtig, dass die Stadt Zug Entwicklungen wie die Blockchain-Technologie, aber auch andere, konventionelle oder neuartige IT-Verfahren beobachtet und Möglichkeiten für innovative E-Government-Anwendungen proaktiv nutzt.

Wo Chancen sind, gibt es auch Risiken. Entsprechend sind wir auch froh, wenn die Stadtverwaltung technische und Reputationsrisiken dieser Technologien ebenfalls im Auge behält. Gerade im IT-Bereich sind Vertrauen und Zuverlässigkeit zentral.

Unsere Fraktion will das auch in Zukunft konstruktiv und kritisch begleiten.

**André Wicki, Stadtrat**

Besten Dank für Ihr Feedback, das ich nur teilen kann. Wir stellen uns nämlich nicht die Frage, wo wir die Blockchain-Technologie einsetzen können, sondern wir prüfen den Einsatz aus Sicht der Anwendungen. Das heisst, es muss Sinn machen: Ist es nachher besser? Bringt es den Bürgerinnen und Bürgern etwas? Werden wir damit effizienter und schneller? Auch E-Government wurde angesprochen.

Gesamthaft kann man sagen: Probieren geht über Studieren. Die Bedürfnisse stehen da im Vordergrund, was die richtige Technologie auch sein mag. Blockchain kann eine Technologie sein, die wir einsetzen, wir haben auch Beispiele gebracht. Es können aber natürlich auch andere Technologien sein. Wir wollen auf jeden Fall dranbleiben und weiter ausprobieren, was das Beste für uns ist.

**Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

**7. Interpellation B. Gysel, SP, Ch. Iten, CVP, M. Willimann, ALG, und E. Schumpf, FDP, betreffend "Wachstum und Weiterentwicklung im Schulkreis Guthirt"**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2641 vom 2. März 2021

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** teilt mit, dass die Interpellierenden ihr Votum als Fraktionsvotum halten und nicht speziell als Interpellierende ein Votum halten werden.

**Christoph Iten**

Ein weiteres Mal zeigt sich hier, was eigentlich schon länger bekannt ist. Die Stadt Zug glänzt wohl in verschiedenen und vielen Bereichen, sicher aber nicht bei der Schulraumplanung.

Wir beurteilen die Situation in drei Kategorien – kurz-, mittel- und langfristig – und haben gleich noch ein, zwei Rückfragen zum aktuellen Stand an die zuständige Stadträtin.

Zur kurzfristigen Perspektive:

«Kurzfristig» heisst hier eigentlich «unmittelbar». Die Zeit für die kurzfristigen Massnahmen drängt ungemein. Für die Planung ist absolut zentral, dass umgehend klar ist, welche Optionen nach den Sommerferien verbindlich zur Verfügung stehen. Wir sprechen hier von einem Zeithorizont «nach den Sommerferien». Unter Berücksichtigung der Planungs- und Umbauzeit, welche ja erst nach dem definitiven Vertragsabschluss starten kann, muss die Lösung eigentlich jetzt, und zwar wirklich jetzt klar sein.

Hier die Frage an die zuständige Stadträtin: Wie sieht Stand heute der aktuelle Stand aus?

Zur kurz- bis mittelfristigen Sicht:

Ich gehe davon aus, dass niemand Interesse daran hat, in drei Jahren mit einem Déjà-vu wieder vor einer gleichen Hauruckübung zu stehen. Deshalb erwarten wir auch hier, dass jetzt über mögliche Optionen, verbindliche nächste Schritte und vor allem über den konkreten Zeitplan kommuniziert wird.

Zur mittel- bis langfristigen Perspektive:

Im Gebiet Guthirt drängt sich ein zusätzlicher Schulstandort auf. In der Antwort werden die Gebiete Göbli, Schleife- und Ahornpark erwähnt.

Hier die Frage an die zuständige Stadträtin: Wo genau sind die Gebiete Schleife- und Ahornpark? Insbesondere das Gebiet Ahornpark war in unserer Fraktion gänzlich unbekannt.

Die CVP-Fraktion erachtet vor allem das Gebiet Schleife und Unterfeld als überaus sinnvoll für einen zusätzlichen Schulstandort. Dieser Standort würde sowohl Herti als auch Guthirt entlasten und würde vor allem dem heute etwas zentrums- und treffpunktlosen Gebiet Feldpark/Feldhof ein Gesicht und ein Quartiercharakter verleihen. Die CVP-Fraktion hat in diesem Gebiet bereits früher einen Schulstandort erwirken wollen, allerdings erfolglos. Es wäre wohl durchaus angebracht, dieses Projekt nochmals aus der Mottenkiste zu holen.

Zum etwas separaten Punkt, dem Standort Lüssiweg/Lauriedhofweg:

Ich weiss nicht, wie viele von Ihnen den Park am Lüssiweg/Lauriedhofweg kennen. Ich kenne diesen bestens – es ist ein Park mit kleinem Biotop, alten Bäumen, viel Wiese und zwei gigantischen Linden. Ein wunderbarer Freiraum mitten im Quartier Guthirt. Angesichts der stetigen Verdichtung in der Stadt, insbesondere auch im Quartier Guthirt, ich erinnere an das Techno-Cluster und anstehende Bebauungspläne, sind solche Freiräume und Parks absolut zentral für ein lebenswertes Quartier.

Nebst Schulhaus- und Kirchenplatz hat's im Guthirtquartier keine, wirklich keine Treffpunkte oder Freiräume. Und es kann nicht sein, dass im Guthirtquartier letzte Freiflächen und Freiräume als Notnagel für die verschlafene Schulraumplanung erhalten müssen. Dieser Standort kommt für uns für ein neues Schulhaus oder auch Turnhalle nicht in Frage. Das bestehende Gebäude kann man allenfalls umnutzen, man darf die Nutzung hinterfragen. Den Park sehen wir aber zumindest vorderhand als Tabu. Wir behalten uns auch entsprechende Vorstösse oder Aktionen vor, sollte die Planung der Stadt trotzdem in diese Richtung gehen.

Zusammenfassend:

Es sind – wir sind wieder bei den Taten statt Worten – Taten mit konkreten Terminen gefragt, sowohl kurz- als auch mittelfristig. Sonst stehen wir in drei Jahren wieder vor der gleichen Feuerwehrrübung, wie wir es jetzt schon tun.

Und es kann nicht sein, dass in den Quartieren der Stadt Zug letzte Freiflächen und Freiräume als Notnagel für die wirklich verschlafene Schulraumplanung erhalten müssen.

Die CVP-Fraktion nimmt von der Antwort des Stadtrates Kenntnis und hat weiterhin ein sehr wachsames Auge auf die Schulraumentwicklung in den Quartieren der Stadt Zug.

#### **Bruno Zimmermann**

Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation.

Was uns bei der Beantwortung der Interpellation gefällt, ist, den zur Verfügung stehenden Raum optimal einzusetzen und nicht sofort nach einer neuen, teuren Lösung suchen. Durch das Umfunktionieren der Hauswartwohnung in Schulraum kann kostengünstig erweitert werden. Ebenfalls gefällt uns die Abklärung, ob die Räumlichkeiten der katholischen Kirchengemeinde für die ausserschulische Betreuung genutzt werden können. Es muss nicht immer gleich ein neuer Pavillon hingestellt werden.

Was die langfristigen Aussichten anbelangt, sind wir auf die Ergebnisse der neuen Studien gespannt. Vor allem in Bezug auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Turnhalle als auch der Erweiterung des Schulraums, um einen zweiten Klassenzug zu führen. Wir werden, wie bereits in der Vergangenheit, ein kritisches Auge auf diese Studien werfen. Es ist uns wichtig, dass genügend und guter Schulraum für alle Schülerinnen und Schüler zur Verfügung steht. Es ist aber nicht notwendig eine Luxuslösung anzustreben. Die Schülerinnen und Schüler brauchen keinen Luxus für einen lehrreichen und spannenden Unterricht.

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis.

#### **Michèle Willmann**

Die Fraktion ALG-CSP dankt dem Stadtrat für die interessante Beantwortung der Interpellation.

Der Schulraumplanungsbericht ist ein zentrales und wichtiges Instrument, welches richtigerweise stetig den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden muss. Bereits die Entwicklung in den letzten wenigen Jahren zeigt, wie dynamisch sich Quartiere entwickeln können und wie schnell getroffene Annahmen überholt sind und überarbeitet werden müssen. Die Schulanlagen sind eindeutig an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Es braucht nun dringend kurzfristige Lösungen und auch für die langfristigen Lösungen müssen bereits heute die Weichen richtig gestellt werden. Verzettelte Kleinlösungen gilt es zu vermeiden.

Uns ist es ein zentrales Anliegen, dass die vorhandenen Freiflächen auf dem Schulareal Guthirt erhalten bleiben und nicht durch weitere Übergangslösungen verkleinert werden. Nebst den entsprechenden Räumlichkeiten müssen bei einer Schulanlage nämlich zwingend auch genügend Freiflächen zur Verfügung stehen. Was die Räumlichkeiten der Schulanlage anbelangt, sind diese mit der erwähnten Umnutzung der Hauswartwohnung langsam aber sicher vollständig ausgereizt.

Wir begrüssen die Verhandlungen für zwei mögliche zusätzliche Gruppen der Freizeitbetreuung in den Räumlichkeiten der katholischen Kirche. Eine Nutzung solcher Synergien ist nachhaltig, sinnvoll und daher sehr zu begrüssen. Lange Zeit für Verhandlungen bleibt aber nicht mehr, bedarf dies im Anschluss doch noch einiges an Koordinations- und Planungsaufwand. Wir hoffen sehr, dass sich hier baldmöglichst – und damit meinen wir in den nächsten Wochen – eine erfreuliche Lösung abzeichnet.

Was die Turnhallennutzung anbelangt, ist das Maximum ebenfalls bereits erreicht beziehungsweise werden bereits heute zusätzliche Turnhallen und -räume genutzt. Handlungsbedarf besteht daher mehr als deutlich. Auch hier hoffen wir auf sehr baldige, gute Verhandlungen mit dem Kanton. Hat sich die Stadt doch beispielsweise namhaft am Bau der neuen Dreifachturnhalle der Kantonsschule beteiligt. Auch hier ist der Handlungsbedarf bereits seit längerem bekannt, nun muss es endlich vorwärtsgen.

Das Areal Lüssiweg können wir uns durchaus als möglichen neuen Standort der schulergänzenden Betreuung vorstellen. Dadurch würden mittelfristig freie Flächen auf dem Schulgelände für die Schullnutzung frei. Aber auch wir können uns nicht vorstellen, dass das Areal Lüssiweg grossflächig zugebaut wird und eine der letzten grösseren Grünflächen im Quartier verschwindet. Mit punktuellen baulichen Eingriffen am und direkt um den Bestand könnten hier nebst dem Quartiertreff attraktive und geeignete Räume für die schulergänzende Betreuung entstehen und die Grünflächen dadurch verstärkter belebt werden. Dabei ist natürlich für ein sicheres Queren der Industriestrasse zu sorgen.

Langfristig benötigt das Quartier Guthirt aber eindeutig einen geeigneten zusätzlichen Schulstandort. Dieser ist mittels einer Gesamtsicht mit der anstehenden Ortsplanungsrevision zu suchen. Dabei spielen etliche weitere Überlegungen mit, wie beispielsweise auch die Entwicklung im Unterfeld. Wir möchten dabei betonen, dass dies auf der Zeitskala zwar als langfristig betitelt wird, wir aber davon ausgehen, dass dieses «langfristig» früher als geplant eintreffen wird. Deshalb muss auch hier bereits heute mit Hochdruck an einer Lösung gearbeitet werden, nimmt doch die anschliessende Planung noch einige Zeit in Anspruch.

Gespräche mit der engagierten ELG Guthirt haben gezeigt, dass seitens Eltern- und Lehrerschaft grössere Bedenken bestehen. Eine qualitativ hochwertige Schule mit genügend Plätzen für Mittagstisch und Freizeitbetreuung ist für eine gute Integration essenziell. Die Integration ist insbesondere im Schulkreis Guthirt besonders wichtig. Die dafür erforderlichen Räume müssen nun möglichst rasch zur Verfügung gestellt werden. Zudem ist es wichtig, der Bevölkerung möglichst gut aufzeigen zu können, wann mit welchen Abklärungen und Entscheiden zu rechnen ist. So kann das etwas verloren gegangene Vertrauen erneut aufgebaut und positiv in die Zukunft geblickt werden. Es müssen nun endlich verbindliche Abmachungen und schliesslich Taten folgen, wie dies mein Vorredner Christoph Iten bereits angemerkt hat.

Die Fraktion ALG-CSP nimmt die Beantwortung der Interpellation zur Kenntnis.

### **Barbara Gysel**

Zug wächst. Die Zahl an Schülerinnen und Schülern noch mehr als die Gesamtbevölkerung. Im Schulkreis Guthirt zeigt sich nun also ganz ausgeprägt, welche Schwierigkeiten auftauchen können: mangelnde Infrastruktur, unbefriedigende Planung, Ad-hoc-Lösungen.

Wir vier Interpellantinnen und Interpellanten sind alle im Quartier Guthirt wohnhaft. Diese fehlenden Raumreserven zeigen sich bei uns vor Ort ganz konkret, sie sind darüber hinaus aber natürlich auch Thema der ganzen Stadt. Zu Recht haben sich daher in den verschiedenen Quartieren die ELG in die politische Diskussion eingemischt. Zum Glück – denn sie erfahren es hautnah, wenn Kindern der zusätzliche Schulraum oder die Turnhalle fehlt. Wir alle sollen diese Sorgen sehr ernst nehmen. Es ist uns auch ein Anliegen, allen Vertretungen zu danken, die den konkreten Kontakt gesucht haben und uns auch eine Stellungnahme zukommen liessen.

Möglicherweise wäre es angebracht – und auch hier vielleicht eine Frage der Partizipationsformen –, wenn wir einmal zu einem runden Tisch einladen würden.

Nun zur Sache, ich kann mich in den meisten Punkten namens unserer Fraktion den Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen: Langfristig will der Stadtrat durch ein neues Schulhaus Göbli Abhilfe schaffen, in wenigen Wochen sollen offenbar erste Ergebnisse vorliegen, wie es in der Antwort auf Seite 3 heisst. Wir warten neugierig und insbesondere gespannt. Da geht es auch um die vom CVP-Redner erwähnten Aspekte. Im Moment würde uns aber Näheres dazu interessieren, wer genau in den Planungsprozess weiter eingebunden ist und wann genau denn orientiert wird.

Die ELG Guthirt macht in ihrer Stellungnahme, die sie uns zukommen liess, zu Recht auf die Veränderungen im Quartier aufmerksam. Es wird gebaut – und Familien ziehen ins Quartier. Die SP nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass gerade auch kurzfristig die notwendigen Lösungen zu fehlen scheinen, um den Bedarf decken zu können.

Mindestens kurzfristig den Bedarf an Infrastruktur nicht gewährleisten zu können, das ist ein Alarmzeichen für unsere Stadt.

Und: Diese Haltung steht in einem recht krassen Gegensatz zu den stadträtlichen Botschaften beim Traktandum 8. Uns scheint, der Stadtrat predige das Hohe Lied des Wachstums. Gerade dieses konkrete Geschäft, das wir nun hier vorliegen haben und den Bedarf an Raum für Schule, Sport und Freizeit aufnimmt, führt ganz konkret vor Augen, dass wir erst die Lösungen zu liefern haben, bevor wir das Wachstum der Stadt so positiv präsentieren könnten.

### **Etienne Schumpf**

Zusammenfassend: Besser spät als nie. Was in der Vergangenheit mit einer vorausschauenden Planung hätte organisiert werden können, muss nun in der Gegenwart mit irgendwelchen Lösungen zusammengeschustert werden.

Es ist klar, dass die Voraussage von Schülerzahlen nicht ganz einfach ist und Schulanlagen und Turnhallen nicht von heute auf morgen erstellt werden können.

Die beschriebenen Optionen und Lösungen müssen umgehend angegangen werden und wir sind sehr gespannt auf den Planungsbericht Göbli, dessen Publikation für das Frühjahr 2021 – also jetzt – in Aussicht gestellt wurde.

Wichtig ist, dass bei der wichtigen Schulraumplanung weniger Stillstand und mehr Fortschritt einkehrt – und eingekehrt ist. Wir nehmen positiv und mit viel Zuversicht zur Kenntnis, dass der Lead bei Planung von Schulraum neu vom Baudepartement übernommen wird.

**Eliane Birchmeier, Stadträtin**

Gerne werde ich zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen. Ich möchte aber auch nochmal kurz sagen, wo wir heute in der Schulraumplanung stehen.

Sie haben es vorhin gehört, seit ungefähr einem Jahr haben wir die Schulraumplanung in der Stadt Zug neu koordiniert. Die gesamte Schulraumplanung wird nun durch das Baudepartement verantwortet. Diese Abläufe haben wir gemeinsam mit dem Bildungsdepartement und mit dem Finanzdepartement neu gestaltet, damit wir den Neubau oder die Erweiterung der dringend notwendigen Schulräume in verschiedenen Stadtteilen sehr zielgerichtet in Angriff nehmen können. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass wir heute auf einem guten Weg sind – dieser Schritt ist gelungen. Und auch die interne Zusammenarbeit, wie wir das heute gestalten können, ist sehr schlank und sehr effizient. Das ist sicher mal eine ganz gute Ausgangslage.

Dann wurde verschiedentlich von Verbindlichkeit gesprochen. Da bin ich ganz bei Ihnen. Es liegt mir fern, irgendwie unverbindlich zu sein. Bei allen Aussagen, die wir machen, möchte ich, dass diese eine grosse Verbindlichkeit haben. An dieser Verbindlichkeit lasse ich mich gerne messen, das kann ich heute sagen. Wir werden es in Zukunft sehen, aber heute bin ich zuversichtlich, dass das gelingen wird.

Ich werde nun zu den verschiedenen Fragen und Aspekten Stellung nehmen.

Es wurde gefragt, was der aktuelle Stand ist.

Einerseits haben wir die schulergänzende Betreuung, wo wir eine recht grosse Warteliste haben, die den Umfang von ungefähr einer Gruppe hat. Da haben wir recht früh, das war vor ungefähr einem Jahr, mit der katholischen Kirche Kontakt aufgenommen, die ja verschiedene Gebäulichkeiten im Quartier Guthirt hat. Das war ein sehr guter Moment, weil nicht nur wir einen Bedarf hatten, sondern auch die katholische Kirche sich Gedanken gemacht hat, wie sie ihre Räume besser nutzen kann. Da haben wir uns gefunden und das ist – würde ich jetzt sagen – kurz vor Abschluss. Es sieht gut aus, die Planung ist gemacht. Man ist auf beiden Seiten der Meinung, dass das passt und zustande kommt. Informieren können wir, wenn es dann so weit ist. Das Ziel ist, dass wir die schulergänzende Betreuung ab den Sommerferien für alle Kinder anbieten können, deren Eltern eine Betreuung nachfragen, dass wir damit auch die Wartelisten nach den Sommerferien abgebaut hätten.

Die Hauswartwohnung benötigen wir nicht auf das neue Schuljahr, sondern auf das nächste Schuljahr. Hier haben wir also noch etwas Zeit. Da sind wir im Moment an der Planung und prüfen, wie diese Hauswartwohnung genutzt werden kann und was es braucht. Hier erhalten Sie auch weitere Informationen, sobald wir mehr wissen. Da haben wir aber genügend Zeit, wenn wir in anderthalb Jahren die entsprechenden Räume dann zur Verfügung haben müssen.

Zur Frage, wo Schleifepark und Ahornpark sich befinden.

Der Ahornpark ist das Gebiet, wo der Werkhof, die Feuerwehr, das Gebäude – wir sagen dazu auch die Banane – der Pensionskasse der Stadt Zug und ein Gebäude der Credit Suisse sich befinden. Das ist dieser Stadtteil. Hier ist das Masterplanverfahren abgeschlossen und nimmt dann den nächsten Schritt. Hier wäre es möglich, eine Schulanlage zu planen, weil ein grosser Teil des

Grundstücks auch der Stadt gehört, wobei eine Schulanlage selbstverständlich nicht das ganze Grundstück beanspruchen müsste.

Der Schleifepark ist dann weiter nördlich, hinter der V-Zug, dort wo das Forum der V-Zug ist, bis und mit Steinlager, die i45 ist noch dort. Das wäre eine weitere Möglichkeit. Es wird sich aber in den Abklärungen dann zeigen, inwiefern das ein idealer Standort ist, auch bezüglich Erreichbarkeit etc. So viel zu diesen Gebieten.

Wir hätten ja auch noch das Göbli, aber da wäre ich jetzt mal verhalten, ob das ein Schulstandort wäre. Der ist dann doch etwas peripher gelegen.

Dann zur Thematik Unterfeld: Im Unterfeld gibt es im Moment keine Planung. Wir stehen mit der Korporation in Kontakt und haben überhaupt keine Zeichen, dass die Korporation im Moment gedenkt, dort wieder eine Planung an die Hand zu nehmen. Solange das so ist, machen auch wir uns dort keine Gedanken. Wenn es dann im Unterfeld mal Wohnungen gibt mit Familien und Schulkindern gibt, haben wir einberechnet, dass die Schulanlage Herti genügend Platz bieten wird. Dort können wir dann schauen, wenn es wirklich eines Tages konkreter wird.

Der Lüssiweg wurde angesprochen. Dort prüfen wir ganz ernsthaft. Dazu muss ich einfach sagen: Eine Schulanlage braucht Platz. Im Gebiet Guthirt gibt es Möglichkeiten, aber sie sind nicht endlos. Und der Lüssiweg ist eine sehr gute Option für einen Schulstandort. Dieser Standort war ja ehemals auch als Standort für die Heilpädagogische Schule geplant. Die HPS möchten wir aber am heutigen Standort belassen, das soll rückgebaut und ein Neubau werden, darüber sind Sie informiert. Auch dort läuft im Moment die Planung und Sie werden entsprechend informiert, wenn es so weit ist.

Der Lüssiweg ist ein idealer Standort. Das prüfen wir. Im Moment sind wir an der Machbarkeit. Das heisst, das ganze Areal wird unter die Lupe genommen und es wird abgeprüft, was möglich ist und wie eine Schulanlage platziert würde etc.

Dass man im Bestand etwas machen kann, würde ich auch eher als unrealistisch einschätzen, weil der Bestand nicht die räumlichen Möglichkeiten hergibt für eine Schulanlage.

Ob dann im Lüssiweg ein ganzer Klassenzug platziert wird oder die Freizeitbetreuung, das wissen wir im Moment noch nicht. Das ist alles in Abklärung. Wir wissen aber, dass wir im Quartier Guthirt ungefähr im Zeitraum 2026/2027 Schulräume für einen Klassenzug benötigen. Ein Klassenzug heisst Kindergarten bis und mit 6. Klasse. Am Standort des heutigen Schulhauses Guthirt ist das nicht möglich. Dieser Standort ist gebaut und verdichtet. Dort haben wir wirklich keine Möglichkeiten mehr. Wir müssen also irgendwo auf eine grüne Wiese und dort wieder bauen.

Und dann gibt es noch die weitere Zukunft. Wenn man den Zeitraum ab 2034 anschaut, braucht es gemäss Schulraumplanungsbericht nochmals Schulräume für nochmals einen Klassenzug, also Kindergarten bis und mit 6. Klasse. Und das ist das, wozu im Moment die Planungen laufen, wo Sie erwähnt haben, dass das im Frühjahr publiziert wird. Dort kann es dann eben sein, dass es heisst, der Ahornpark oder Schleifepark wäre eine Möglichkeit. Wir haben aber auch noch andere Gebiete im Auge. Auch dazu werden wir mit weiteren Informationen kommen.

Wir sind mit der ELG im Gespräch, bis heute vor allem das Bildungsdepartement. Wir werden die ELG im Guthirt, wie wir das auch mit anderen Eltern-Lehrpersonen-Gruppen handhaben, treffen. Wir sind jetzt daran, eine solche Zusammenkunft zu prüfen und dann auch die Eltern der ELG direkt zu informieren, Fragen zu beantworten und Anliegen entgegenzunehmen. Also auch dieser Austausch besteht und läuft.

Es ist eine gewaltige Herausforderung in der Stadt Zug, was wir alles an Schulanlagen machen und entwickeln müssen. Und da bin ich sehr froh, wenn wir gemeinsam am selben Strick ziehen können und es uns am Schluss wirklich gelingt, dass wir diese Projekte realisieren können.

**Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

## **8. Interpellation der SP-Fraktion vom 29. September 2020 betreffend "Welches Wachstum wollen wir in der Stadt Zug?"**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2642 vom 2. März 2021

### **Urs Bertschi**

Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die umfassende Bearbeitung unserer Interpellation. Die Antwort des Stadtrates stellt ein veritables Kompendium an Daten und Fakten dar, die es unserer Ansicht nach politisch aufzuarbeiten gilt – umzusetzen, zu verinnerlichen und auch zu hinterfragen. Vom Stadtrat, von diesem Rat und letztlich auch von der gesamten Bevölkerung. Patentantworten auf unsere zentrale Frage gibt es keine, ein schwieriges Thema mit breit gefächerten Fragestellungen. Dass es ein schwieriges Thema ist, beweist der Stadtrat in seiner Antwort.

Die Antwort des Stadtrates kommt zumindest aus unserer Sicht als etwas eindimensionale Lobeshymne auf das Wachstum daher, mit lauter vermeintlichen ökonomischen Vorteilen und Vorteilen in puncto Lebensqualität. Demnach soll das Wachstum, welches gemäss Stadtrat zwar mit Herausforderungen verbunden sein soll – diese Auffassung teilen wir –, unserer Stadt aber weiterhin mannigfaltigen Segen und Reichtum bescheren.

Bekanntlich aber, meine Damen und Herren, hat jede Medaille zwei Seiten. So stellen wir von der SP-Fraktion etwas ernüchtert fest, dass die Kehrseite oder vielmehr die verschiedenen Kehrseiten dieser Medaille in der Interpellationsantwort des Stadtrates viel zu kurz kommen. Der Stadtrat bleibt uns viele Antworten auf Fragen, die sich aus den zum Teil richtig herausgearbeiteten Feststellungen ergeben, leider gänzlich schuldig. Diese Fragen aber gehören beantwortet, damit wir zum Schluss auch die Hauptfrage beantworten können: Welches Wachstum wollen wir in der Stadt Zug? Vor diesem Hintergrund sehen wir in der Antwort des Stadtrates bloss – aber immerhin – ein eigentliches Auftakt- oder Grundlagenpapier zu einer grossen und verantwortungsvollen Arbeit, die der Stadtrat, dieser Rat und auch die gesamte Zuger Bevölkerung erst noch leisten müssen.

Für unsere Fraktion, aber sicher auch für viele Zugerinnen und Zuger ist nach wie vor nicht ersichtlich, weshalb der Stadtrat dem steten Druck von Landeigentümern und Projektentwicklern einfach so nachgeben will. Ist der Wachstumsdruck die einzige Rechtfertigung? Warum genügt ein Wachstum gemäss kantonalem Richtplan nicht? Die dort vorgesehenen 36'900 Einwohner und 49'300 Arbeitsplätze – Sie haben richtig gehört – stellen doch bereits eine grosse, sehr grosse Herausforderung dar bezüglich der Infrastruktur, Mobilität und Vermeidung von Segregation. Wir haben es gehört, auch die Bereitstellung von Schulraum bereitet bereits heute einiges an nahezu unlösbaren Problemen. Warum also sollen wir mit weiteren 10'000 Einwohnern und weiteren 1'000 Arbeitsplätzen planen? Wer will das? Will das die Stadtzuger Bevölkerung tatsächlich? Wo lässt sich da der politische Willen des Stadtrates zu einer aktiven Gestaltung einer massvollen und nachhaltigen Stadtentwicklung ausmachen? Es scheint, als genügt es ihm, den ureigensten Interessen der Investoren und Projektentwickler den goldenen Teppich auszurollen. Denn eines ist klar, für Investoren stellt der Platz Zug eine risikolose Zone dar, wo sich sichere und vor allem sehr hohe Renditen erwirtschaften lassen.

Die SP-Fraktion teilt die Einschätzung des Stadtrates, wonach die Stadt Zug aufgrund ihrer Lage sowie der tiefen Besteuerung einem hohen Druck ausgesetzt ist. Die Lage Zugs – das können Sie in manchen Voten von mir schon nachlesen – ist gottgegeben, die Steuern sind hausgemacht. Hier besteht unseres Erachtens eine wichtige Stellschraube, welche die Nachfrage nach Zug eindämmen

könnte. Denn die meisten ziehen nicht primär wegen der schönen Sonnenuntergänge nach Zug, sondern weil es sich im Portemonnaie auszahlt.

Die SP-Fraktion erachtet die Zunahme der Arbeitsplätze auch gemäss kantonalem Richtplan als viel zu hoch. Die Anzahl Arbeitsplätze müsste grundsätzlich reduziert werden. Womöglich wird das vermehrte Homeoffice dazu einen willkommenen Beitrag leisten. Unseres Erachtens besteht seit gut fünfzig Jahren ein Missverhältnis zwischen der Anzahl Arbeitsplätze und der Einwohnerzahl. Weil die Anzahl der Arbeitsplätze stark zunehmen soll, prognostiziert der Stadtrat nun kurzerhand, dass dies auch das Verhältnis der Einwohnerzahl beziehungsweise der Stadtbevölkerung forcieren respektive verbessern werde. Dies jedoch könnte sich als Trugschluss entpuppen, zumal ja auch die Anzahl der Pensionierten gemäss den Ausführungen des Stadtrates überdurchschnittlich zunehmen wird.

Wir wissen es: Gemäss den kantonalen Vorgaben sollen rund 30 % der vom Kanton angestrebten Verdichtung in der Stadtlandschaft der Stadt Zug stattfinden. Damit soll die von der Stadt berechnete und auf den laufenden Projekten basierende Bevölkerungszunahme von 10'000 bis 15'000 Menschen aufgefangen werden. Demgegenüber prognostizierte der Kanton 2019 noch ein Wachstum für die Stadt Zug von bloss 6'300 Personen, der Bund aufgrund neuester Zahlen ein solches von 9'000. Und der Stadtrat ist in seiner Wachstumsplanung bereits mit zusätzlichen 10'000 bis 15'000 Menschen unterwegs. Wer zeichnet für diese galoppierende Entwicklung verantwortlich? Hatte die Bevölkerung dazu je etwas zu sagen?

Da fragt sich die SP-Fraktion schon, ob uns mit dem «Zauberwort» Verdichtung und mit dem Wachstum nicht einfach Sand in die Augen gestreut werden soll. Der Stadtrat jedenfalls scheut sich nicht davor, uns allen zahlreiche wohlklingende und schon fast grenzenlose Versprechungen für sein Wachstumsszenario zu machen. Ich zitiere:

«Das Wachstum führt dazu, dass das Wohn- und Arbeitsumfeld städtischer, urbaner, vielfältiger, farbiger und abwechslungsreicher wird. Die Interaktion und bei geschickter Wohnbaupolitik [Einschub Urs Bertschi: diese werden wir vorerst noch entwickeln müssen] auch die Vielfalt der Bevölkerung nehmen zu. Die zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohner sind eine Chance, um das Quartier- und Vereinsleben zu stärken.» Die Feuerwehr wird sich freuen. Und weiter:

«Die Stadt Zug wird durch das Wachstum städtischer. Die Infrastrukturen, das Wohn- und Arbeitsumfeld sowie das Naherholungs- und Freizeitangebot werden aufgewertet. Die bestehenden Infrastrukturen werden durch die zusätzlichen Bewohner effizienter genutzt. Das Detailhandels- und das Gastronomieangebot werden gesichert und gestärkt.»

Diese marketingmässig aufgebauten Schalmeienklänge, meine Damen und Herren, sprechen nur von Chancen. Wo bleiben da die Risiken? Karl Kobelt hat es doch vorhin gesagt: Chancen bedeuten auch Risiken. Herr Steinle hat es gesagt: Chancen bedeuten auch Risiken. Wenn man die Interpellationsantwort des Stadtrats liest, dann ist Wachstum nur Chance.

Was passiert denn, meine Damen und Herren, wenn alle diese stadträtlichen Prophezeiungen nicht eintreffen? Was sind dann die Folgen dieser Verdichtung, dieses Wachstums? Verkommen die verdichteten Wohngebiete dann einfach zu toten Schlafstätten von Menschen, die weiterhin ihrem Lebensmittelpunkt in der Stadt Zürich oder in Luzern frönen. Was hätte das dann mit der angestrebten Urbanität zu tun? Nichts, rein gar nichts, vielmehr mit bester, allerdings hausgemachter Agglo-Qualität. Was macht dann der Stadtrat mit all den enttäuschten Hoffnungen und Emotionen, die er

geweckt hat? Meine Damen und Herren, ich habe es gesagt: Wachstum bedeutet auch Risiko. Und genau diese Risiken gehören vom Stadtrat noch sorgfältig aufgearbeitet.

Sicher ist zudem eines: Verdichtung wird den letzten älteren und preisgünstigen Wohnraum wegerodieren. Neue Bauvorhaben werden mehrere Jahre Bauzeit beanspruchen, so dass die bisherige, alteingesessene Bevölkerung sich andere Wohnungen suchen müssen. Beispiele in Zug: An der Chamerstrasse werden zwei Blöcke von der Zürich Versicherung abgebrochen. Die Leute wissen nicht, wo sie hingehen. Darunter gibt es Rentner, die werden sicher in der Stadt Zug keinen Platz mehr finden. In Inwil werden die grossen Plattenbauten plattgemacht. Da wird weiter verdichtet, klar, da gibt es mehr Wohnungen. Aber es gibt auch viel, viel teurere Wohnungen.

Ob diese ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner nach Vollendung der Neubauten dorthin zurückkehren können, dürfte allein aufgrund der viel höheren Mietzinsen mehr als fraglich sein. Denn die bürgerlich dominierte Stadt Zug tat sich bisher immer schwer mit der Einsicht, dass preisgünstiges Wohnen zu fördern und grundsätzlich nichts Schlechtes ist. Immerhin stellt der Stadtrat auf Seite 14 klipp und klar fest: «Von Bedeutung für die Stadt Zug ist der Erhalt und der Ausbau des Angebots an preisgünstigem Wohnraum.» Dass er sich dabei aber auch gleich noch selber auf die Schulter klopft, und seine diesbezüglichen Aktivitäten rühmt, wirkt auf uns dann doch etwas zu schönfärberisch. Die Ausführungen des Stadtrates, wonach es auch mit all den übrigen Baurägern punkto preisgünstigen Wohnraum paletti läuft in unserer Stadt, darf und sollte auch hinterfragt werden. Die Zonen für preisgünstiges Wohnen sind da, ja, aber sie gehören punkto Mietzinsgestaltung und Renditen, die da erwirtschaftet werden, regelmässig kontrolliert, meine Damen und Herren. Die neuen Wohnungen in der Mülimatt in Oberwil haben heute ein Preisgefüge, welches sich gegenüber demjenigen im Rank im Bereich von geschätzten CHF 500.00 bis CHF 600.00 pro Monat unterscheidet. Was schliesst man daraus? Die neuen Wohnungen sind neuer, wurden mutmasslicherweise teurer gebaut, die alten profitieren von einer Lex Franz Weiss und stehen heute in Bezug auch auf die Verordnungspreise, die im Rahmen der Referenzzinssatzsenkungen konstant nach unten angepasst wurden, völlig schräg im Wind. Da werden zu hohe Mieten verlangt, davon bin ich überzeugt. Der Stadtrat hat keine Handhabe, das zu prüfen. Es kann nicht sein, dass wir im Bereich von preisgünstigen Wohnungen die Preisgestaltung den privaten Eigentümern überlassen. Da brauchen wir klare Vorgaben. Und da reicht eben diese stadträtliche Verordnung nicht. Die Korporation Zug hätte – ich sage bewusst «hätte» – im Unterfeld 4.5-Zimmer-Wohnungen für CHF 1'680.00 realisieren wollen. Die Stadt Zürich zeigt, dass das auch im Seefeldquartier möglich ist.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass jetzt mit dieser FDP-Motion hier vielleicht ein Umdenken stattfinden kann, dass man da auch generell genauer hinschaut. Auch wenn diese Motion vielleicht sogar eine Art «Zudien-Motion» für die Erkenntnisse des Stadtrates darstellen soll. Vermutlich hat sich aber auch in den bürgerlichen Parteien die Erkenntnis durchgesetzt, dass das Wohnen in Zug auch für solide Mittelstandsfamilien nicht mehr erschwinglich ist. Dazu tragen die zum Teil unangemessenen Renditeerwartungen der Anbieter, aber auch – und das muss man sich auch bewusst sein bei diesen Wachstumsszenarien – die hohe Kaufkraft der zuziehenden, gut ausgebildeten Fachkräfte massgeblich bei. Das schleckt keine Geiss weg. Dies bestätigt im Übrigen auch der Stadtrat auf Seite 13 seiner Antwort.

Was heisst das? Das heisst nichts anderes, als dass die Segregation unserer Stadt nach Einkommensschichten demzufolge weitergehen wird – und das scheint vom Stadtrat offensichtlich widerspruchlos hingenommen zu werden. Und das geht nicht. Hier brauchen wir Antworten. Ob dieser skizzierten Segregationsfolge sind dessen Ausführungen zum erhöhten Flächenbedarf der Wohnbevölkerung völlig vernachlässigbar und auch nicht weiter hilfreich. Denn letztlich sind es die Anbieter, die sich in einem Wohnungssegment bewegen, ein Produkt anbieten wollen, was den hohen

Mietpreis, der hier in Zug erzielt werden kann, zumindest optisch und grössenmässig zu rechtfertigen vermag. Ist es ein von Renditevorgaben geprägter Anbietermarkt.

Was der Stadtrat bei der Gegenüberstellung der Anzahl Wohnungen mit der Anzahl Einwohner übrigens ausklammert ist die Tatsache, dass seit 1960 viele Wohnungen in dieser Stadt in Büros umgewandelt wurden. Angesichts der geringen oder gar nicht existenten Mindestwohnanteile im Zonenplan und den Bebauungsplänen und der nicht existenten Kontrolle der Nutzungen kam es trotz vieler neugebauter Wohnungen zu einem relativ geringen Zuwachs bei der Bevölkerung. Die fehlende Kontrolle der tatsächlichen Benutzung von Wohnraum in dieser Stadt stellt ein weiteres Problem dar. So werden viele Wohnungen faktisch gar nicht bewohnt, sondern bloss zur Steueroptimierung von Mietenden angemietet oder von Eigentümern gekauft. Die Rollläden sind geschlossen.

Sodann verdienen auch die Klimafolgen der angestrebten Verdichtung Erwähnung, wiewohl der Stadtrat auch diese Aspekte unerwähnt lässt. Welche Klimawirkungen, meine Damen und Herren, hat eine solche stadträtliche Wachstumsstrategie, welcher Ressourcenverbrauch wird damit verbunden sein? Eine solche Verdichtung wirkt nachgerade gegenläufig zu den Zielen einer lebenswerten Stadt, führt sie doch auf eine zusätzliche Erwärmung des Stadtraumes und auf eine gewisse Anonymität hin.

Heute kommt die Hälfte der Zupendler – vor allem aus den umliegenden Gemeinden Baar, Cham und Steinhausen, wird ausgeführt – mit dem Auto nach Zug zur Arbeit. Offensichtlich gibt es noch immer zu viele Parkplätze. Diese Entwicklung wird mit dem Technologiecluster V-Zug in guter Tradition fortgesetzt, wo gemäss rechtskräftigem Bebauungsplan für 4'600 Arbeitsplätze auch 2'250 Parkplätze zur Verfügung stehen sollen. Damit einher geht selbstredend, dass diese Zupendler einer umweltgerechten Mobilität entgegenwirken. Da davon auszugehen ist, dass auch das Mehr an Einwohnern mehr Verkehr generieren wird, dürfte das Verkehrschaos auf den städtischen Strassen vorprogrammiert sein. Ausser der Tangente kennen wir im Moment keine Alternativen für dieses angestrebte Wachstum

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir bewegen uns mit dem angedachten Wachstum auf überaus heiklem Parkett. Und das sollte man sich eingestehen, auch der Stadtrat. Er sollte nicht so tun, als ob dies für ihn alles plan- und kontrollierbar wäre, wenn man den Dingen einfach seinen Lauf lässt. Klar ist, dass der Stadtrat angesichts seiner Versprechungen umgehend damit anfangen muss, bei Investoren und Bauherrschaften vieles an Qualitäten dezidiert einzufordern, viel dezidierter als in der Vergangenheit: punkto Wohnungsbau, punkto Mobilität, punkto Städtebau sowie Aussenraumgestaltung. Und natürlich habe ich volles Verständnis: Es kann nicht sein, dass wir den Lüssipark aus lauter Not als natürliche Grünoase in einem wachsenden Quartier zubetonieren, nur dass wir die Versäumnisse der Vergangenheit damit kaschieren können. Der Stadtrat muss bei diesen Plänen vermutlich riskieren, sich auch unbeliebt zu machen, ansonsten er seine Versprechungen nie wird halten können. In seinem mutigen, aber letztlich eben doch von Worthülsen bestimmten Fazit zeigt sich der Stadtrat bereit, diese Herausforderungen anzunehmen. Für ihn sollen die Vorteile überwiegen.

Die Politik, dieser Rat, aber insbesondere – und ich sage es immer wieder – auch die Bevölkerung unserer Stadt werden klären müssen, ob sie dieser Hochrisiko-Strategie folgen wollen. Oder ob wir es nicht etwas gemächlicher angehen lassen wollen. Denn solche Schritte in der weiteren Stadtentwicklung und die Festlegung der Wachstumsstrategie müssen sorgfältig und von allen gemeinsam geplant und entwickelt werden.

Die Stadt Zürich sieht sich vor ähnlichen Herausforderungen, auch da soll faktisch bis 2040 ein Wachstum von 29% angestrebt werden. Und zum Schluss zitiere ich Ihnen daher eine Dame, die ich

nicht kenne, eine Frau Irmi Seidl. Sie verfasste einen Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung vom 15. März 2021. Auf Seite 27, lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen, es scheint in Zürich ähnliche Probleme zu geben, schreibt sie:

«Es erstaunt, dass es keine breite öffentliche Diskussion zu diesen Bevölkerungsszenarien gibt, bestimmen sie doch erheblich die künftige Lebensqualität der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme. Angesichts der existenziellen ökologischen Gefährdung der Menschheit läge es nahe, den Rahmen der Entwicklungsmodelle der Schweiz neu zu definieren: Die Ziele des Pariser Klimaabkommens, der Biodiversitätskonvention und der Biodiversitätsstrategie sowie jene der neuen Bodenstrategie oder die Einhaltung der planetaren Grenzen müssten die Leitplanken bilden, statt dass man sich an fortgeschriebenen bisherigen Trends und vermeintlichen Sachzwängen ausrichtet. Dies auch, weil sich die Schweizer Bevölkerung um ihr Lebensumfeld sorgt [Einschub Urs Bertschi: und das tut auch die Zuger Bevölkerung], wie die Omnibus-Erhebung 2019 zeigt: Lärm, Luftverschmutzung, Biodiversitätsverlust und Klimawandel gelten als zunehmend problematisch. Diese Sorgen dürften sich zuspitzen, wenn die Bevölkerungsszenarien die bauliche Entwicklung in der Schweiz leiten.»

Dann sagt sie zum Schluss:

«Ich frage mich auch, wie es nach 2040/50 weitergehen soll. Will man das Feld darauf vorbereiten, damit sich die jährlichen Wachstumsraten der Bevölkerung von 0,9 Prozent fortsetzen und somit auch das Wirtschaftswachstum, das den Umweltverbrauch noch weiter in die Höhe treibt? Eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch ist schon heute äusserst unwahrscheinlich. Die Bevölkerungsszenarien erlauben uns unterdessen, den Punkt in die Ferne zu rücken, an dem wir uns fragen müssen: Was kommt nach dem ständigen Wachstum der Naturausbeutung, der Verschmutzung und Zerstörung, der Zubetonierung, der Zerschneidung und der zunehmenden Unwirtlichkeit der Städte?»

Und ihr ernüchterndes Fazit: «Vorerst planen und bauen wir!»

Ich meine, meine Damen und Herren, in unserer Stadt sollte dies anders sein, sollte es anders kommen. Wir sollten die Grenzen des Wachstums erkennen, bevor dieses für unsere Stadt irreversible Folgen hat. Lassen sie uns unsere Perle gemeinsam und sorgsam entwickeln.

### **Richard Rüegg**

Danken möchten wir den Interpellanten für ihre Fragen. Der Verwaltung möchten wir jedoch einen grösseren Dank aussprechen für die umfangreiche Dokumentation und Beantwortung der Fragen.

Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, ist die Drosselung des Wachstums illusorisch und auch nicht erwünscht.

Dass der kantonale Richtplan das Wachstum vor allem in der Stadtlandschaft sieht, nehmen wir zur Kenntnis, hoffen jedoch, dass wir Platz finden für die sogenannte «Stadtlandschaft» und zu einer tristen Grossstadt heranwachsen.

Dass das Wachstum rauplanerisch gezielt in gewissen Gebieten stattfindet, begrüessen wir. Wir wünschen uns jedoch in diesen Gebieten eine höhere Ausnützungsziffer, näher bei 3, was der inneren Verdichtung zugutekäme.

Im Fokus der Politik sind die Wohnungspreise. Würden hier die Bautätigkeiten – Wachstum – gedrosselt, ergäbe dies einen grösseren Druck auf die bestehenden Wohnungen. Die Folge sind höhere Preise. Und dies ist nicht erwünscht.

Vergessen wir hier aber nicht das Kleingewerbe und die Handwerker der Stadt. Auch diese brauchen bezahlbaren Gewerberaum. Im Bericht konnte man lesen, dass in Zug gute Arbeitsplätze geschaffen werden. So scheint es klar, dass ein Zuzug von Arbeits- und Wohnungssuchenden folgt. Somit steigt die Wohnbevölkerung in unseren Quartieren.

Kleine Anmerkung meinerseits: Mit Freude konnte ich aus dem Bericht entnehmen, dass das Quartierleben und die Vereinstätigkeiten somit an Wert zunehmen und diese eine Auferstehung aus dem Dornröschenschlaf erleben dürfen – nicht nur die Feuerwehr.

Zurück zur Interpellationsbeantwortung:

Die Quintessenz aus diesem Wachstum bedingt, dass wir rechtzeitig in Infrastrukturen wie Schulbauten, Wege und Strassen investieren müssen. Das Erstellen eines Mobilitätskonzeptes, vor allem für den Langsamverkehr, erachten wir als unerlässlich.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass der Fokus in den nächsten Jahren auf Schulbauten gerichtet ist, erleben und hören wir tagtäglich. Was aber aus dem Bericht ebenfalls hervorgeht, ist, dass unsere Wohnbevölkerung, die ins Pensionsalter kommen wird, in Zukunft auf fast 30 % anwachsen wird. Hier sollte die Politik ebenfalls frühzeitig agieren. Brauchen wir da neue Seniorenzentren oder welche Wohnform wünschen wir uns wirklich fürs Alter? Nach unserer Meinung müssten hier auch frühzeitig Gespräche geführt und die Weichen gestellt werden.

Freuen wir uns auf eine gute Ortsplanung, die ein verträgliches Wachstum in Einklang mit der Natur für alle bietet.

### **Michèle Willimann**

Zuerst möchten wir uns ebenfalls bei der SP für die Eingabe dieser Interpellation und beim Stadtrat für die ausführliche Beantwortung bedanken. Dies gibt uns die Gelegenheit, zu diesem hochwichtigen und mit grossen Auswirkungen verbundenen Thema Stellung zu nehmen. Wir haben auch das letzte, übrigens sehr informative Stadtmagazin mit grossem Interesse studiert, welches sich unter anderem auch dem Wachstum widmet.

Im Entwicklungskonzept aus dem Jahr 2006 befindet sich die Aussage: «Zug strebt ein massvolles, kontinuierliches Wachstum an.» Mit der anstehenden Ortsplanungsrevision wird eine neue Strategie definiert. Nun soll die Stadt bis ins Jahr 2040 um 10'000 bis 15'000 Einwohnerinnen und Einwohner sowie um knapp 10'000 Beschäftigte wachsen. Wie würde sich wohl die Aussage aus dem Entwicklungskonzept von 2006 verändern? Hiesse es neu: «Zug strebt ein übermässiges, exponentielles Wachstum an?»

Für wen arbeitet die Verwaltung und die Politik denn eigentlich? Für die Stadtzuger Bevölkerung. Und was will denn eigentlich die Bevölkerung? Will sie tatsächlich in knapp 20 Jahren um fast die Hälfte bei der Bevölkerung und um zusätzliche zehntausend Beschäftigte wachsen? Wir sind uns ziemlich sicher, dass sie das nicht will. Bereits heute blicken viele Zugerinnen und Zuger dem aktuellen Wachstum sehr kritisch gegenüber und fühlen sich immer fremder in ihrer eigenen Stadt. Wir sind uns bewusst, dass der Druck gross ist und es hierzu nationale und vor allem auch kantonale Vorgaben und Richtlinien gibt. Die jahrzehntelange Tiefsteuerstrategie hat die Attraktivität Zugs so stark erhöht, dass wir uns dadurch irgendwann ins eigene Fleisch schneiden werden oder bereits schneiden. Der

kantonale Richtplan sieht bei den Einwohnenden ein beträchtliches und bei den Arbeitsplätzen ein deutliches Wachstum für die Stadt Zug vor. Doch völlig fremdsteuern müssen wir uns nicht. Die Stadt kann Einfluss nehmen, wie stark sie wachsen will, wie sie wachsen will und innerhalb welcher Zeit sie dieses Wachstum erreichen will. Entscheidend ist dabei der Umgang mit den zahlreichen Bebauungsplänen, die zurzeit in Erarbeitung sind. Denn erschreckenderweise basiert dieses erwähnte Wachstum praktisch ausschliesslich auf spezifischen Projekten.

In der Beantwortung der Interpellation werden die Vorzüge der Innenentwicklung sehr stark betont. Auf die Nachteile wird nur knapp eingegangen. Keine Frage, die Innenentwicklung hat sehr viele Vorteile und wir sind sehr froh, dass wir bei der anstehenden Ortsplanungsrevision schon gar nicht erst über Einzonungen diskutieren müssen. Innerhalb der bestehenden Bauzonen liegt noch ein immenses Potential. Kurze Zusatzbemerkung: Innenentwicklung bedeutet aber natürlich nicht, dass keine grünen Flächen verloren gehen. Mit der un bebauten Bauzone in der äusseren Lorzenallmend werden beispielsweise wertvolle Grünflächen überbaut werden.

Unsere Fraktion möchte keinen Wachstumsstopp. Doch stehen wir dem angestrebten immensen Wachstum innerhalb dieser knapp zwei Jahrzehnte sehr kritisch gegenüber und es löst bei uns grosse Bedenken aus. Mit jedem Wachstum muss auch die Infrastruktur mithalten können. Ein rasantes Wachstum dieser Grössenordnung bringt enorme Herausforderungen mit sich. Ein Beispiel dafür ist die Schulraumplanung. Und wenn ich daran denke, wie jeder neue Veloweg in diesem Rat ein Kampf ist, dann frage ich mich, wie um alles in der Welt sollen 15'000 zusätzliche Einwohnende und 10'000 zusätzliche Arbeitsplätze gestemmt werden? Wir können keine Autobahn durch unsere Stadt bauen. Es geht nicht anders, wir müssen unser Mobilitätsverhalten schnellstmöglich anpassen. Der platzsparende ÖV, Fuss- und Veloverkehr wird an grosser Bedeutung gewinnen. Ich hoffe, das wird nun jedem bewusst. Es geht dabei nicht um einen Angriff aufs Auto, es geht darum, die Mobilität sicherzustellen – eine funktionierende, nachhaltige Lösung zu finden. Die Umfragen bei der Bevölkerung zur Mobilität sprechen dieselbe Sprache.

Mit der angestrebten Verdichtung wächst der Druck auf die Freiflächen. Es muss unser aller Ziel sein, bei den laufenden Planungen nun höchste Anforderungen an die Qualität zu stellen. Parzellen sind schnell mit schönen oder leider auch weniger schönen Bauten überbaut und wertvolle Grünflächen sind schnell vernichtet. Das Rückgängigmachen ist hingegen sehr schwierig. Die Entscheide, die wir heute treffen, haben langfristige Auswirkungen. Deshalb muss bei allen anstehenden Planungen höchsten Wert auf eine qualitätsvolle Bebauung und wertvolle Freiflächen gelegt werden. Bauten, die sich gut in das Orts- und Landschaftsbild eingliedern sowie attraktive Freiräume sind massgebend für eine lebenswerte Stadt, welche wir heute sind und hoffentlich auch bleiben werden. Mit dem Stadtraumkonzept 2050 haben wir eine tolle Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Stadt. Dies muss nun aber auch bei jedem möglichen Projekt peinlich genau berücksichtigt werden.

In vielen Gemeinden und Städten werden Arbeitsplätze durch lukrativere Wohnungen verdrängt. Im Steuerparadies Zug herrscht eine andere Welt. Wir haben deutlich mehr Arbeitsplätze wie Einwohnende. Unsere Einwohnenden und Arbeitsplätze stehen in einem Missverhältnis. Dieses Missverhältnis löst sehr grosse Pendelströme aus. Unserer Fraktion ist es ein Anliegen, dass dieses Missverhältnis behoben wird. Wir brauchen mehr Wohnungen, nicht aber das skizzierte rasante Arbeitsplatzwachstum. Das Missverhältnis von Einwohnenden und Arbeitsplätzen erhöht den Druck auf die Wohnungen zusätzlich, obwohl dieser Druck bereits heute ein ungesundes Mass angenommen hat. Seit Jahren kämpfen wir für mehr preisgünstigen Wohnraum. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass dies nun auch der FDP ein grosses Anliegen ist. Die Erhöhung des Anteils an preisgünstigen Wohnungen wird mit diesem angestrebten Wachstum eine zusätzliche

Herausforderung. Es wird nicht reichen, wenn bei Neubebauungen ein kleiner Bruchteil an preisgünstigen Wohnungen entsteht. Wenn wir wollen, dass sich Menschen mit allen Portemonnaies in der Stadt Zug eine Wohnung leisten können, und vor allem auch diejenigen, die hier aufgewachsen sind und sich verwurzelt fühlen, dann muss wirklich einiges geschehen.

Versteht uns nicht falsch, wir sind nicht naiv und denken, dass die Stadt nicht wachsen wird und genau so bleiben wird, wie sie immer war. Die Stadt Zug wird wachsen, und das unterstützen wir auch. Wir wünschen uns aber ein moderates, kontinuierliches Wachstum, bei welchem der Infrastrukturausbau mithalten kann. Ein Wachstum, bei welchem auch die heutige Bevölkerung mitwachsen kann. Wir wünschen uns ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Einwohnenden und Beschäftigten. Vergessen wir nicht, dass mit einem Wachstum auch der komplette Apparat wächst und die Ausgaben stark steigen werden. Wir leben in einem fragilen System. Man stelle sich neue nationale Regelungen seitens Festlegung der kantonalen Steuerstrategie vor. Dies könnte innerhalb kürzester Zeit riesige Veränderungen mit sich bringen, insbesondere bei den Arbeitsplätzen, der Apparat muss aber auch dann noch getragen werden können. Etwas mehr weg vom Internationalen und etwas mehr Fokus aufs Lokale und Bestehende wäre einiges weniger anfällig.

Wir wünschen uns eine schrittweise, realistische und vor allem qualitätsvolle Entwicklung. Das würde gleichzeitig bedeuten, dass gewisse Projekte vorerst zur Seite gelegt werden. Das wird sicherlich schwierig. Auch liegt vieles in der Verantwortung von privaten Eigentümerinnen und Eigentümern. Trotzdem wird es absolut entscheidend sein, was wir in der anstehenden Ortsplanungsrevision festlegen. Wenn aber die skizzierte Wachstumsstrategie als Grundlage für unsere Ortsplanungsrevision dient, dann haben wir grosse Bedenken und nehmen diese Beantwortung entsprechend besorgniserregend zur Kenntnis. Wir wünschen uns eine etappenweise Entwicklung mit höchsten Qualitätsansprüchen und wertvollen Grünflächen. Kurzum, wir wünschen uns eine Entwicklung, die von der Stadtzuger Bevölkerung unterstützt und getragen wird.

### **Karen Umbach**

Ich möchte mich im Namen der FDP für den Bericht bedanken. Wir nehmen ihn positiv zur Kenntnis.

Mit dieser Interpellation spricht die SP ein wichtiges Thema an. Wie viel Wachstum ertragen wir? Wie viel Wachstum wollen wir? Man könnte sich über die polemische Fragestellung der Fraktion monieren, weil sie suggeriert – und das haben nachher von Herr Bertschi gehört –, wir sollten überhaupt nicht mehr wachsen – frei nach dem Motto: weil es in der Herberge keinen Platz mehr gibt. Für uns ist es klar, dass ein Wachstumsverbot nicht umsetzbar wäre. Man sollte Wachstum nicht einfach als böse darstellen – Wachstum ist etwas Natürliches. Und wir sollten auch nicht vergessen: das Gegenteil von Wachstum ist Rückgang. Der Status quo lässt sich einfach nicht erhalten. Zudem muss man auch erwähnen, dass die Erdrosselung des Wachstums zu noch höheren Bodenpreisen führen würde. Der bereits knappe Boden würde noch mehr unter Druck gesetzt werden.

Aus diesen Gründen finde ich, dass wir uns wichtigeren Fragen stellen sollten: Wie gehen wir mit Wachstum um? Wie können wir ihn lenken? Und was können oder sollen wir als Bürgerinnen und Bürger dieser – immer noch – kleinen Stadt tun, damit wir weiterhin eine hervorragende Lebensqualität geniessen können?

Die Lieblingsanschuldigung der linken Fraktionen ist stets der tiefe Steuersatz und sie behaupten, dass wir alle Probleme mit einer Erhöhung des Steuersatzes und einer Vertreibung von Investoren lösen können. Dies ist leider nicht so. Wie der Stadtrat erwähnt, ist der Steuersatz längst nicht das einzige Kriterium für die Beliebtheit der Stadt Zug als Wohnort. Faktoren wie Erholung, Schule und

Verkehrsverbindungen, auch zum Flughafen, sind für Zuzügler und Zuzüglerinnen wichtig. Und so spreche ich unser Hauptproblem an: Zug ist einfach zu toll – und das hat sich herumgesprochen. Man könnte auch sagen, dass wir vielleicht Opfer unseres eigenen Erfolgs sind. Ich bin ein perfektes Beispiel dafür, nach sechs Wochen habe ich beschlossen, dass ich mein Leben hier verbringen will.

Um zurück auf meine Fragen zu kommen. Die Antworten darauf kann man gut aus der Antwort des Stadtrats entnehmen. Wie viel wollen wir wachsen? Was können wir tun?

Grundsätzlich können wir behaupten, dass sowohl der Stadtrat als auch das Baudepartement sorgfältig unterwegs sind. Sie wissen mehr oder weniger, was auf uns zukommt, und versuchen proaktiv zu agieren.

Es ist klar, dass die Herausforderungen des Wachstums auf unsere Infrastruktur und vor allem auf die Mobilität gross und anspruchsvoll sind – aber der Stadtrat stellt sich diesen Herausforderungen. Man sieht, dass Freiraum, Mobilität und Schulhäuser beim Stadtrat Priorität haben.

Kurz zusammengefasst: Der Stadtrat plant zu wachsen, wo es sinnvoll ist, ohne alles zu reglementieren.

Meine letzte Frage hat sich auf uns als Bewohner dieser wunderschönen Stadt bezogen. Was können wir machen? Wenn ich lese, dass unsere Bevölkerung älter wird und wie viel mehr Wohnraum wir benötigen – oder vielleicht besser gesagt, wollen – und was Verdichtung für uns bedeutet, dann kann ich die Ausführung des Stadtrats auf Seite 19 absolut begrüßen: Wir können dieses Vorhaben vorantreiben und das Wachstum so lenken, dass wir alle Platz haben.

Und ich wiederhole: Was ist schlimmer als Wachstum? Rückgang.

Hierzu möchte ich ganz kurz eine Geschichte erzählen. Ich war in Tokyo und habe einen Architekten kennengelernt. Tokyo hat einen Rückgang von über 30 %. Der Job des Architekten ist es, Siedlungen zurückzubauen, Infrastrukturen zurückzubauen – alles, was das bedeutet. Und zu was hat das geführt? Zu einer grossen Armut und Trauer bei der Bevölkerung.

In diesem Sinne: Ich bedanke mich beim Stadtrat – packen wir das gemeinsam an.

### **Jürg Messmer**

Eigentlich habe ich ein Votum vorbereitet, aber ich lege das jetzt beiseite. Es wurde nun so viel gesagt und ich habe irgendwie ein wenig das Gefühl, dass die Hauptvoten, die heute zu diesem Thema gehalten wurden, dahin gehen, dass wir «de Füfer und s'Weggli» wollen – und das geht nicht.

Meine Damen und Herren, wir haben das Privileg, in einer wunderbaren Stadt zu wohnen. Und wir hier im Grossen Gemeinderat dürfen die Geschicke dieser Stadt mitbestimmen. Bei der nächsten Ortsplanungsrevision haben wir es in der Hand, was für ein Wachstum wir wollen, wie gross das sein soll und wohin das führen soll.

Der Stadtrat hat uns mit der Beantwortung dieser Interpellation gute Grundlagen gegeben, um dann in dieser Ortsplanungsrevision die Weichen entsprechend zu stellen.

Wenn ich aber den Voten zugehört habe, dann habe ich das Gefühl – gerade bei dir, Urs Bertschi, denn du hast ein Horrorszenario beschrieben –, die Stadt Zug geht unter und wir werden viel zu gross sein. Aber, meine Damen und Herren, die gleiche Partei, die über die hohen Mieten in der Stadt Zug jammert – habt ihr das Gefühl, dass die Mieten runtergehen, wenn wir nicht mehr bauen? Sicherlich nicht. Es ist ja Angebot und Nachfrage. Diejenigen, die in der Pause auf dem Balkon standen, haben gesehen, was für ein wunderbares Angebot wir haben mit dem Sonnenuntergang und der Umgebung. Die Leute wollen nach Zug. Wir können sie nicht abhalten, sonst müssten wir Wohnungen bauen, wo

ein Etikett dransteht mit der Aufschrift «nur für Urzuger» – nur diese dürfen dann diese Wohnungen mieten. Das wollen wir doch auch nicht.

Und dass Arbeitsplätze hier als schlecht hingestellt werden, meine Damen und Herren, die Arbeitsplätze wachsen hier, aber das sind die Firmen, die uns die Infrastruktur mit ihren Steuern bezahlen. Ohne diese Firmen könnten wir nicht über unsere Infrastruktur diskutieren. Wir haben eine gut ausgebaute Infrastruktur: wir haben Strassen, wir haben Schulen, wir haben Mittagsbetreuung, wir haben moderne Altersheime – all dies ist nur möglich mit Steuergeldern. Und das ist nur möglich, wenn wir Leute hier haben, die auch Steuern hier in der Stadt Zug bezahlen.

Daher wird es an der nächsten Ortsplanungsrevision unsere Aufgabe sein, zu sagen, wohin das Wachstum der Stadt Zug gehen soll. Es wird heftige Diskussionen geben, schon in der SVP-Fraktion ist Wachstum nicht einfach für jeden dasselbe. Wir haben es beim Hochhausreglement gesehen. Von mir aus hätte man 200 Meter hohe Hochhäuser bewilligen dürfen – warum nicht? In der Fraktion war das Thema zum Teil bei einer Höhe von 80 Metern. Und auch das war nicht unumstritten.

Wir haben also eine gewaltige Aufgabe vor uns. Wir danken dem Stadtrat für dieses Papier. Das ist eine gute Grundlage und darauf lässt sich aufbauen. Und ich hoffe für uns alle vor allem, dass wir dann eine gemeinsame Lösung finden und dass wir nicht Dinge gegeneinander ausspielen. Es wird Infrastruktur brauchen im Verkehr, für den motorisierten Individualverkehr, für die Fahrräder, für die Fussgänger. Und wenn wir dann anfangen, eine Partei oder einen Teilnehmer im Verkehr gegen den anderen auszuspielen, haben wir alle verloren.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen jetzt schon einen schönen Abend.

#### **Daniel Marti**

Besten Dank der SP-Fraktion, dass sie mit ihrer Interpellation zum Wachstum der Stadt Zug hochinteressante Fragen aufwirft. Und besten Dank auch der Regierung für die umfassende Stellungnahme.

Die eigentliche Frage, welches Wachstum wollen wir in der Stadt Zug, ist eigentlich einfach zu beantworten. Natürlich wollen wir ein qualitatives, nachhaltiges Wachstum, so dass es uns in Zukunft allen noch besser geht, ohne die limitierten lokalen und globalen Ressourcen zusätzlich zu belasten. Nur ist das Ganze eben nicht nur ein Zahlenspiel, bei dem wir unsere Wunschvorstellungen in eine schöne PowerPoint-Präsentation packen können und das zukünftige Bevölkerungswachstum wie eine Zahl in einer Excel-Zelle arbiträr gemäss unseren Wünschen verändern können. Nein, so einfach ist das natürlich nicht.

Das jedoch scheinen die Interpellanten zu verkennen, in dem sie der Regierung unterstellen, ein grosses Bevölkerungswachstum von plus 50 % über die nächsten zwanzig Jahre anzustreben, obwohl eigentlich offensichtlich ist, dass dies nicht angestrebte Zielwerte sind, sondern Projektionen in einer Szenarioplanung, auf die wir uns vorbereiten müssen.

Daher noch einmal: Es geht nicht darum, dass die Stadt auf Biegen und Brechen um 50 % wachsen will. Es geht darum, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie wir mit einem solchen Wachstumsszenario in Zukunft umgehen werden und welche Infrastruktur dazu benötigt wird. Wenn sich dieses Wachstum einstellt, dann müssen wir uns darauf vorbereiten – ob wir nun wollen oder nicht.

Die Gründe, wieso der Wachstumsdruck entstand, werden in der Interpellationsantwort sehr gut dargelegt. Überspitzt gesagt: Die Stadt Zug ist der attraktivste Ort, im attraktivsten Kanton, im attraktivsten Land. Da ist es nur natürlich, dass sich immer mehr Personen und auch Firmen für die Stadt Zug entscheiden. Das Ganze wird dazu führen, dass aus dem vormals idyllischen Städtchen Zug nun eine richtige Stadt wird.

Wir haben es nun in der Hand, vorausschauend zu handeln und die richtigen Weichen zu setzen und diese Herausforderung mutig, mit visionären und innovativen Konzepten anzupacken.

Und dort setzt auch meine leise Kritik bei der Interpellationsantwort an. Es ist eine sehr gute Auslegeordnung, die die zukünftigen Herausforderungen und gewisse Lösungsansätze gut aufzeigt. Aber es fehlt mir ein übergeordnetes, homogenes Stadtkonzept. Es werden Teilkonzepte in verschiedenen Stadtteilen beschrieben, aber das Ganze kommt nicht zu einem grossen Ganzen zusammen, das überzeugt. Aber ich bin immer noch guten Mutes. Wir sind ja jetzt in der Anfangsphase der zukünftigen Ortsplanung und sammeln noch die Inputs aus der Bevölkerung. Ich möchte die Regierung aber auch ermutigen, visionär zu denken und eigene, innovative Ideen beizusteuern. Neue Herausforderungen brauchen auch neue Lösungsansätze. Und die erhält man nicht nur mit Befragung von Betroffenen, da muss der Fächer etwas weiter aufgespannt werden.

In dem Sinne besten Dank noch einmal an die SP für die interessante Fragestellung und besten Dank an die Regierung für die Auslegeordnung.

### **Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

## **9. Interpellation der SP-Fraktion vom 16. Dezember 2020 betreffend "Sicherung der Stromversorgung im Gebiet der Stadt Zug"**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2646 vom 9. März 2021

### **Rupan Sivaganesan**

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung des Vorstosses. Zu sicherheitspolitischen Anliegen ist man sich eher gewohnt, dass die SVP Vorstösse einreicht. Wie Sie dem Titel der Interpellation entnehmen, macht sich auch die SP dazu Gedanken.

Hier steht nun die Stromversorgung im Zentrum. Zu diesem Thema wurde ein ähnlicher Vorstoss von Pirmin Andermatt im Kantonsrat eingereicht, auch Philip C. Brunner hat zum Beispiel mitunterzeichnet.

Die Schweiz importiert jeden Winter steigende Strommengen, insbesondere aus Deutschland und Frankreich. Wie wir wissen, stellen im Jahr 2022 in Deutschland die letzten Atomkraftwerke den Betrieb ein. In der Schweiz werden ebenfalls die beiden Kraftwerke Beznau abgestellt, der Zeitraum ist noch offen.

Wie wird denn die durch Abschaltung der Kernenergie entstehende Stromlücke ergänzt? Woher soll die Schweiz den Strom beziehen? Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, das sogenannte BABS, warnt seit geraumer Zeit vor einem Zusammenbruch der Stromnetze. Eine lang anhaltende Strommangellage stellt die grösste Gefahr für unser Land dar. Das BABS geht bei einem lang anhaltenden Strommangel für die Schweiz von bis zu CHF 100 Mia. Schaden aus. Wir sollten diese Warnung ernst aus.

Der Stadtrat hat hier eine reine Fleissarbeit gemacht. Er hat versucht, auf unsere Fragen einzugehen, aber fast alles auf die nationale Ebene reduziert, was letztlich am Thema vorbeigeht. Mit anderen Worten: Ja, das Problem ist uns bekannt, aber wir warten einmal ab, was der Bund macht.

Die Stadt Zug hat die Sicherstellung der Versorgung der Gemeinde mit Wasser, Elektrizität und Erdgas an die WWZ AG übertragen. Die Wasserwerke haben laut Artikel 3 des Konzessionsvertrages eine Lieferpflicht. Sie müssen die Versorgungssicherheit gewährleisten. Was passiert, falls die Wasserwerke dies nicht tun können? Klar resultiert daraus ein Blackout. Das wäre wohl rechtlich wie auch wirtschaftlich zu erklären, zum Beispiel gibt es eine Pflicht der Wasserwerke, Schadenersatz zu leisten. Inwieweit kann sich die WWZ auf externe Umstände berufen, die von ihr nicht zu beeinflussen sind? Wie weit geht die Pflicht der Wasserwerke zu eigener Vorsorge gegen Lieferengpässe? Zu all dem erfährt man nichts vom Stadtrat.

Gar nicht beantwortet wird, was die Erkenntnisse aus dem fünfjährigen Versuchsbetrieb der WWZ mit Methanol sind. Hat sich der Stadtrat hier bei der WWZ erkundigt? Falls ja, was waren die Auskünfte? Hier hätten wir uns mehr Infos vom Stadtrat gewünscht.

Wir bedauern es sehr, dass der Stadtrat keine konkreten Vorschläge einbringt. Wir sind der Meinung, dass es dringend noch mehr Investitionen in erneuerbare Energien braucht. Zum Beispiel will der Kanton Zug in 18 kantonalen Objekten für CHF 4.5 Mio. Photovoltaik-Anlagen erstellen. Die Vorlage wird am kommenden Donnerstag im Parlament behandelt. Der entsprechende Vorstoss kam natürlich von der SP-Fraktion – so weit zum Marketing – und fand beim Kantonsrat ein gutes Echo. Wir denken, auch hier kann die Stadt Zug mitziehen.

**Daniel Marti**

Besten Dank der SP für diese sehr wichtige Interpellation.

Natürlich war die Antwort den meisten unter uns eigentlich schon zum Vornherein klar. Wir alle wissen, dass unser Stromnetz Teil des europäischen Verbundnetzes ist und wir in der Stadt Zug nicht autonom für unsere eigene Versorgungssicherheit sorgen können. Dies kann nicht einmal auf der Stufe Schweiz autonom sichergestellt werden. Über einen Tagesverlauf werden laufend riesige Mengen an Strom importiert und exportiert, nicht zuletzt um zu jedem Zeitpunkt sicherzustellen, dass der momentane Strombedarf durch eine entsprechende Stromproduktion gedeckt wird.

Unser Einfluss beziehungsweise jener der WWZ beschränkt sich also auf das lokale Netz und das Ausgleichen von lokalen Netzschwankungen. Da sind wir zuversichtlich, dass unser Netzbetreiber seine Hausaufgaben macht.

Die Interpellation ist aber hinsichtlich der grundsätzlichen Sicherheit der Stromversorgung in der Schweiz und daher auch im Kanton Zug interessant. Dazu ist ja, wie Rupan Sivaganesan erwähnt hat, im Kantonsrat eine Motion betreffend Sicherstellung der Stromversorgung im Kanton Zug hängig. In dieser Motion wird verlangt, dass Vorkehrungen getroffen werden, dass die Stromversorgung innerhalb des Kantons jederzeit zu 100 % gewährleistet ist und dazu die notwendigen Produktionskapazitäten aufgebaut werden – dies wird natürlich auch nicht gehen. Trotzdem bin ich auch hier sehr gespannt auf die Antwort der kantonalen Regierung. Denn mit der heutigen Energiepolitik bewegen wir uns beim Strom tatsächlich in eine Sackgasse.

Überspitzt gesagt wollen wir mit der Energie- und Klimastrategie bis 2050 die fossilen Energieträger, die momentan über 70 % unseres Gesamtenergieverbrauchs ausmachen, durch Elektrizität substituieren. Und gleichzeitig wollen wir aber auch 40 % der Stromproduktion, nämlich die Kernkraftwerke, abstellen. Dass dies so nicht aufgehen kann und sich negativ auf die Versorgungssicherheit auswirken wird, muss uns allen klar werden.

Leider kann dem auch mit einem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien, nämlich Photovoltaik und Windenergie, nicht genügend entgegengewirkt werden. Im Gegenteil, diese stochastischen Energiequellen stellen bei der Versorgungssicherheit oft eher ein Problem als eine Lösung dar, da zu jedem Zeitpunkt als Back-up eine zusätzliche Energiequelle sozusagen auf Stand-by zur Verfügung stehen muss. Die von den Interpellanten ins Spiel gebrachte Lösung mit CO<sub>2</sub>-freiem Methanol wird leider auch langfristig nicht viel zur Lösung beitragen können. Der Prozess, um von erneuerbarem Strom zu Methanol und wieder zurück zu Strom zu gelangen, ist so komplex, teuer und ineffizient, dass sich diese Lösung wohl kaum auf eine sinnvolle Grösse skalieren lässt. Anstatt den wertvollen erneuerbaren Strom in einem solch ökonomisch und energetisch ineffizienten Prozess zu verheizen, kann er viel besser direkt genutzt oder anderweitig gespeichert werden. Beim in der Interpellation erwähnten Pilotprojekt der WWZ mit dem Methanol-Kleinkraftwerk handelt es sich um ganz normale thermisch betriebene Stromproduktion, bei der vor allem viel Abwärme entsteht, die man in den meisten Fällen nicht nutzen kann, ein wenig Strom wird auch produziert. Anstatt mit Methanol wird das heute meistens schon mit Öl, Gas oder Kohle gemacht – das ist nichts Neues, sondern gibt es schon seit dem 19. Jahrhundert. Dasselbe Experiment hätte man zum Beispiel auch mit Dieselgeneratoren durchführen können und sich in seinen Wunschträumen vorstellen können, es handle sich um Bio-Diesel aus nachhaltiger Landwirtschaft. Die Nutzung sogenannt CO<sub>2</sub>-neutraler Brennstoffe ist einfach, die Bereitstellung ausreichender Mengen hingegen noch völlig ungelöst.

Wir sehen also: Die Sicherung der Stromversorgung wird auch für die Stadt Zug in Zukunft eine grosse Herausforderung darstellen, die wir aber lokal nur sehr beschränkt beeinflussen können. Wir müssen uns aber durchaus Gedanken machen, wie wir im Notfall die Versorgung essenzieller

Infrastruktur sicherstellen. Dies wird unserer Meinung nach am besten in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton und der WWZ gemacht.

### **Philip C. Brunner**

Danke der SP für diesen Vorstoss. Und wenn ich noch eine Klammer aufmachen darf zur vorhergehenden Diskussion, die ich sehr interessant fand, insbesondere auch im Hinblick auf die kommende Ortsplanungsrevision, und gewisse Probleme aufgezeigt hat. Das ist genau das Gleiche hier mit der Interpellation zur Sicherung der Stromversorgung im Gebiet der Stadt Zug. Ich danke besonders dem Sprecher Daniel Marti von der glp für diese sehr technischen, aber richtigen Ausführungen. Es ist in der Tat so und es gibt dazu fast nichts mehr zu sagen, weil er alles gut zusammengefasst hat. Es gibt aber einen Punkt, wo gesagt wurde, man könne nichts machen und sei ausgeliefert. Dazu möchte ich ein Paar Bemerkungen machen.

Die Stadt Zug ist der grösste Aktionär der WWZ. Wir haben ein Aktienpaket in der Grössenordnung von rund 20 %. Das ist wesentlich grösser als dasjenige des Kantons und auch von anderen, privaten Aktionären. Wir sind zum heutigen Zeitpunkt auch im Verwaltungsrat der WWZ mit zwei Mitgliedern des Stadtrates vertreten. Ich glaube, das ist zumindest ein Ansatzpunkt. Wir sind als Stadt in einer gewissen Art und Weise dringend auf Strom angewiesen, sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft und ebenso auch die kritischen Infrastrukturen wie zum Beispiel Feuerwehr, Werkhof und Stadthaus. Wer schon einmal ein Blackout erlebt hat, weiss, was das heisst. Ich habe vor rund fünf Jahren ein Blackout in Zug erlebt. Während rund zwei Stunden war in Zug West wegen einem kleinen Defekt, ein kleiner Vogel ist in ein Unterwerk geflogen, der Strom weg. Vor Rasierapparat bis Server und von der Beleuchtung bis zum Aufladen der neuen Elektromobile ist alles vom Strom total abhängig. Und wenn der Strom nicht kommt, ist einfach alles tot.

In der nationalen Krisenanalyse, das wurde bereits richtig gesagt, hat man das totale Blackout der Schweiz während Stunden, Tagen oder sogar einer Woche als viel grössere Gefahr angeschaut als eine Pandemie. Eine Pandemie war auch auf der Liste. Aber man hat das mal durchgespielt. Nach ein paar Stunden können die ersten Handys nicht mehr geladen werden, fällt die Kommunikation zusammen, beispielsweise auch Funknetze der Polizei, die nicht entsprechend gestützt sind, etc. Die Gefahr ist reell.

Ein Problem ist natürlich der Winter. Im Sommer haben wir aufgrund der Solarpanels, die jetzt vermehrt kommen und eben auch preisgünstiger sind als vor ein paar Jahren, weil sie in grösserer Menge hergestellt werden und sich auch ein Privater das leisten kann, ohne Subvention notabene. Durch diese sind wir im Sommer etwas besser abgedeckt. Aber der Winter ist und bleibt ein Problem, und zwar nicht nur hier in Zug, nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa.

Ich habe gerade vorhin bei Swissgrid<sup>1</sup> geschaut, das ist die nationale Netzwerk-Organisation, dort können Sie minütlich schauen, wie es mit dem Import aus Deutschland und Frankreich oder dem Export nach Italien aussieht. Es ist natürlich schon so, dass das Schweizervolk sich mit dieser Volksabstimmung für die neue Energiepolitik ausgesprochen hat. Das erste Kernkraftwerk der Schweiz ist vor rund einem Jahr abgestellt worden und wird nun abgebaut. Man kann schon gegen die Kernkraft sein, aber die Alternativen, um derartige Mengen an Strom zu produzieren, sind nicht sehr gross.

---

<sup>1</sup> Philip C. Brunners Verweis bezüglich Import/Export bezieht sich auf folgende Quelle: <https://www.swissgrid.ch/de/home/operation/grid-data/current-data.html#import-export>

Nun noch zu diesem Vorstoss im Kantonsrat. Das ist in der Tat geschehen und es haben, wenn ich es richtig im Kopf habe, rund 25 Kantonsräte diesen Vorstoss unterschrieben. Dort ist natürlich schon der Gedanke, dass wir auf kantonaler Ebene – und ich halte das für eine Grösse, die noch machbar ist – mit einem Zusatzwerk arbeiten, welches minütlich eingeschaltet werden kann und diese Leistungen bringt. Das mag vielleicht nicht besonders umweltfreundlich sein, wenn das mit Gas angetrieben ist. Aber diese Generatoren können so natürlich in kürzester Zeit dieses Defizit an Strom produzieren. Wenn sie es nicht mehr brauchen, dann können sie es abstellen – Punkt. Und die Wärme können sie selbstverständlich beispielsweise in einem Wärmeverbund nachnutzen. Wir müssen uns das überlegen. Denn einfach zu sagen, es tut uns leid, wir haben nicht genügend Strom, jetzt müssen wir schauen und hoffen, ist insofern ein bisschen naiv, weil gewisse Kreise fordern, die Mobilität müsse sich mehr in Richtung Elektromobilität entwickeln. Ja, wo kommt den die Elektromobilität her? Natürlich kann man das mit Hybrid- und Mischformen teilweise selber produzieren, aber die hundertprozentigen Elektromobile hängen voll am Netz. Man kann noch versuchen, das mit irgendwelchen Smartboxes zu optimieren, dass sie dann geladen werden, wenn das Netz das vorausschaut. Sie können technisch auch Waschmaschinen und andere Haushaltgeräte entsprechend steuern. Aber irgendwo kommen wir einfach ans technische Ende. Und irgendwann fällt der Strom aus. Ich erinnere daran, wie wenig es braucht. Ganz Norditalien war während längerer Zeit ohne Strom aufgrund eines Blackouts. Grund war, dass in der Schweiz ein Baum auf eine Hochspannungsleitung gefallen ist. Dann war Ende. Man hatte keine Umgehungsmöglichkeiten. Norditalien war während mindestens einem Tag, vielleicht sogar noch länger, einfach dunkel. Ein Baum. Es braucht manchmal sehr wenig. Das ist ein hochkompliziertes und hochkomplexes Netz und die Gefahr ist wirklich reell.

In diesem Sinne bin ich sehr froh, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SP und natürlich auch von der ALG-CSP, um die Erkenntnis, dass das ein ernsthaftes Problem ist. Einfach mehr Geschrei – wenn ich das etwas plakativ ausdrücken darf – für mehr energieeffiziente Verwendung in der Mobilität oder an anderen Orten, das hat einfach seine Grenzen. Wir müssen wirklich achtgeben, dass uns das nicht passiert.

Grosse Probleme bestehen übrigens in Deutschland, speziell deshalb, weil in Norddeutschland und teilweise selbst im in der Ostsee sehr viele Windkraftanlagen laufen, die eben auch nicht stabil sind in dem Sinne, dass sie ständig laufen. Manchmal stürmt es eben und dann laufen sie schneller. Wenn sie keinen Wind haben, kommt eben nichts. Und alleine das Problem, diese Trassen nach Süddeutschland, dort wo die deutsche Industrie eben ist, Baden-Württemberg, Bayern usw. zu bringen, ist weiterhin nicht gelöst.

Ich plädiere selbstverständlich nicht dafür, dass im öffentlichen Verkehr nun plötzlich Dieselloks durch die Schweiz fahren. Aber wir müssen auch sehen, was der öffentliche Verkehr, insbesondere die SBB an Strommengen braucht. Und diese Mengen müssen ständig zur Verfügung gestellt werden. Wir finden alle die Wasserkraft toll. Aber Sie wissen auch: Aus Umwelt- und Naturschutzgründen ist der weitere Ausbau der Wasserkraft zumindest beschränkt, wenn nicht behindert. Seit Jahren ist die grosse Diskussion am Grimsel. Man könnte die Staumauer des Grimsel-Stausees wenige Meter erhöhen, das hat aber den Nachteil, dass weiter hinten im Stauseegebiet gewisse Bäume und Bereiche geflutet werden. Da sind die Umweltverbände seit Jahren dran und sagen, das kann man nicht machen.

Ich denke, man muss ein bisschen das Gesamte sehen. Das war eigentlich mein Plädoyer. In diesem Sinne bitte ich den Stadtrat, vor allem bei der WWZ entsprechend tätig zu sein. Wir haben Circulago,

das ist ein grosses Generationenwerk. Das ist natürlich eine andere Energieform, die da hergestellt wird, aber wir müssen das traditionelle Stromnetz auch nicht ganz vernachlässigen.

Vielen Dank für den Vorstoss und für die interessanten Ausführungen von Rupan Sivaganesan und Daniel Marti.

### **Urs Raschle, Stadtrat**

Geschätzter Vorredner, dein Wissen ist ja gewaltig. Aber es geht jetzt eben darum, dass man auch wieder schaut, für was die Stadt und das Lokale verantwortlich ist. Deshalb erachte ich es trotzdem als wichtig, dass ich Ihnen noch die eine oder andere Frage beantworten kann, obwohl die Zeit schon etwas fortgeschritten ist.

Es wurde angetönt: Blackout. Ein Blackout ist tatsächlich die grösste Gefahr, welcher wir neben einer Pandemie, was wir und seit einiger Zeit wissen, ausgesetzt sind. Wir nehmen das ernst.

Als Verantwortlicher des Gemeindeführungsstabs kann ich mitteilen, dass wir schon vor einigen Jahren entschieden haben, dass ein Blackout für uns die grösste Gefahr ist. Wir haben dieses Problem auch konkret angeschaut und analysiert, was das für die Stadt Zug heisst. Es gab auch mal einen Vorstoss, dass wir diesbezüglich besser informieren und gewisse Vorkehrungen treffen sollen. Das haben wir gemacht. Wir haben die Notfalltreffpunkte als erste Gemeinde des Kantons Zug letzten Herbst initiiert. Es gibt 12 sogenannte Notfalltreffpunkte. Wenn nun also ein Blackout ausbricht, man kann es nicht anders sagen, dann können Sie sich dort versammeln. Innerhalb einer Stunde kommt die Feuerwehr und stellt dort das Equipment auf, damit man Sie unterstützen kann. Dies ist auch als Informationspunkt gedacht. Die Idee ist so gut, dass nun der Kanton gekommen ist und das auf die anderen Gemeinden auch übertragen wird. Die Stadt Zug war aber einmal mehr der Vorreiter. Wir haben aber auch feststellen müssen, dass wir im Bereich Notstromversorgung noch etwas in Notlage sind. Deshalb haben wir zusammen mit der Feuerwehr neue Notstromaggregate angeschafft, die eingesetzt werden könnten, sollte es tatsächlich zu einem Blackout kommen. Damit könnten wir beispielsweise einen Teil der Stadtverwaltung, insbesondere die Daten der Einwohnerkontrolle, länger schützen und weiterarbeiten. Wir erachten diese Daten als sehr wichtig. Genau dort könnte man das Notstromaggregat auch benützen. Zwischenzeitlich haben wir genügend von diesen Aggregaten, damit wir einen grösseren Teil der Verwaltung, aber auch wichtige Infrastrukturen wie beispielsweise die Anlage beim Frauensteinmatt schützen können. Das zum Worst Case.

Nun aber zum Positiven. Sie haben es angetönt, die WWZ spielt für uns und für die Stadt Zug eine wichtige Rolle. Das ist wenig überraschend. Welche Möglichkeiten hat nun die Stadt Zug, um zu kontrollieren, dass weiterhin genügend Strom kommt. Das ist der Konzessionsvertrag. Dieser ist seit Jahren in grosser Verarbeitung, war mal beim Stadtrat, nun bei den Gemeinden und kommt dann auch in Bälde in den Grossen Gemeinderat. Dazu kann ich Ihnen sagen, über diesen Konzessionsvertrag müssen wir uns tief beugen und ihn genau anschauen, denn er ist eine wichtige Grundlage, dass wir auch zukünftig genügend Strom, Wasser, Elektrizität und Telekommunikationsleistungen haben werden. Zusammen mit der WWZ sind wir uns auch einig, dass es wichtig ist, dass wir uns auf das Lokale beschränken und dass es nicht geht, dass wir dann Projekte initiieren, welche für die Stadt, den Kanton und vielleicht sogar den Bund wären. Eine Notstromgeschichte muss auf kantonaler Ebene und vor allem auf Bundesebene stattfinden und nicht bei der Stadt.

Wir haben aber bei der WWZ explizit nochmal nachgefragt, wie es mit dem Pilotprojekt aussieht. Die WWZ hat uns darüber informiert, dass die Idee dieses Methanol-Programms grundsätzlich sehr interessant ist, aber sehr schwierig. Es braucht vor allem – und das ist ein interessanter Fakt – brauchbares CO<sub>2</sub>, damit man das Methanol mit energiefreundlicher Materie ausstatten kann. Und

davon haben wir zu wenig in dieser Region. Ein ganz interessanter Aspekt. Deshalb ist das Projekt im Moment auf Eis gelegt. Die WWZ hat uns aber gesagt, dass sie die Entwicklung weiterhin verfolgen wird und je nachdem auch wieder ein Pilot testen würden. Im Moment ist das aber nicht der Fall.

Trotzdem, meine geschätzten Damen und Herren, habe ich Breaking News. Die Informationen sind wirklich ganz neu und ich habe extra nachgefragt, ob ich Ihnen dies sagen darf. Ich darf es. Die Verantwortlichen des Mobility Hub gehen tatsächlich einen Schritt weiter und planen explizit den Bau einer Wasserstofftankstelle mit Pyrolyse, draussen beim Göbli neben dem Ökihof. Pyrolyse bedeutet, dass das CO<sub>2</sub> aufgefangen wird und in Asphalt oder Beton eingemischt werden soll. Das wäre dann eine negative CO<sub>2</sub>-Bilanz. Diese Wasserstofftankstelle wäre einzigartig und erstmalig in der Schweiz so im Einsatz und wäre vor allem für Lastwagen gedacht. Im Moment ist das Projekt bei uns in Bearbeitung. Aber ich darf Sie nun doch darüber informieren, dass dies nun in Planung ist. Es sieht gut aus, dass wir in ein, zwei Jahren diese Wasserstofftankstelle haben werden.

In diesem Sinn danke ich für die positive Aufnahme und wünsche eine gute Zeit.

### **Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

## 10. Mitteilungen

**Ratspräsidentin Tabea Zimmer Gibson** teilt mit, dass die heute abwesende Gemeinderätin Manuela Leemann sich aufgrund ihres Mutterschaftsurlaubes für die heutige Sitzung entschuldigt hat. Sie wird während des Mutterschaftsurlaubes nicht an den GGR-Sitzungen anwesend sein können. Im Namen des GGR wünscht Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson ihr und ihrer Familie alles Gute.

### **Die nächste Sitzung des GGR findet statt:**

Dienstag, 13. April 2021, 17:00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber



Beilage:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 23. März 2021
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste